

Er scheint täglich außer Montags... Preis pro Nummer 2 Pf.

Vorwärts

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeit...

Verantwortlicher: Amt 1. 1508. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 23. Januar 1894.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Terrorismus in Lumpen und Uniformen.

Was bezweckten Ravachol und Baillant mit ihren Bombenwürfen?

Sie wollten der Gesellschaft einen Schrecken einjagen, damit sie aus Furcht vor der Wiederholung solcher Unthaten sich die Durchführung von Maßregeln gefallen ließe...

Was bezweckten Napoleon III. und seine Helfershelfer mit ihren Degenbermeheleien?

Sie wollten der Gesellschaft einen Schrecken einjagen, damit sie aus Furcht vor der Wiederholung solcher Unthaten sich die Durchführung von Maßregeln gefallen ließe...

Die Methode beider Arten von Gesellschaftsrettern ist die nämliche; der Unterschied zwischen ihnen liegt nur in der Gesellschaftsform...

Napoleon III. hat Tausende geopfert, um als Kaiser von Gottes Gnaden die französische Gesellschaft für sich und seine Helfershelfer ausbeuten zu können...

Fründige Schüler des französischen Talmi-Cäsars haben dessen terroristische Methode zur Errichtung und Befestigung der Gewalt Herrschaft systematisiert...

facher als das, man produziert eine Emence und läßt dann unter den Pöbel schießen. Jules Favre soll ganz sprachlos den Chef angestarrt haben...

Diese Bismarckische Formulierung terroristischer Staatsmannskunst bringt auch noch eine andere Art von Beziehungen zwischen den Terroristen in der Uniform und den Terroristen in Lumpen zum Ausdruck...

Will das Glück dem Terroristen in der Uniform wohl, so finden sich freiwillig Terroristen in Lumpen, die durch kleine Schreckensthaten ihm Gelegenheit zu Schreckensthaten im größeren Maßstabe geben...

Das in Madrid geplante Parlamentstentat hat gezeigt, daß die Art der Brutkamerei nicht bloß im neuen Reich der Gottesfurcht und guten Sitte...

Auch die Emenceprovokation nach napoleonischem Vorbilde und Bismarckischem Rezept ist sicher nicht in den Schlächtereien des 2. Dezembers 1852 in Paris zum letzten Mal versucht worden...

wenn die Zeichen der Zeit zu ihrer Beachtung mahnen, muß aller Vorkämpfer der sozialistischen Gesellschafts-erneuerung stete Aufgabe sein. Kein Proletarier, der die Noth und die Hoffnungen seiner Klasse mit empfindet...

Politische Ueberblick.

Berlin, den 22. Januar.

Die Nothstands-Interpellation wurde heute von unserem Genossen Liebknecht mit der Bemerkung eingeleitet, daß es charakteristisch für unsere parlamentarischen Verhältnisse sei...

Der Abg. Stumm glaubte diesen Vorwurf später mit dem Hinweis parieren zu können, daß an dem schwachen Besuch auch die sozialdemokratischen Abgeordneten Schuld trügen...

Damit soll nun allerdings nicht gelengnet werden, daß wir manchen von unseren Abgeordneten heute gerne anwesend gesehen hätten, der nicht da war. Wir kennen die Gründe, welche es vielen unserer Abgeordneten unmöglich machen...

In der Begründung der Interpellation wies Liebknecht den Vorwurf, daß wir mit derselben Klamme für unsere Partei machen wollen, energisch zurück. Unsere Sache bedarf solcher Mittelchen nicht.

Liebknecht zeigte, wie der Nothstand eine nothwendige Folge unserer Produktionsweise sei und wie derselbe nicht durch Almosen, sondern durch tiefgreifende wirtschaftliche Maßnahmen zu mildern sei...

Feuilleton.

Nachdruck verboten. (Alle Rechte vorbehalten.)

Helene.

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky.

Ihr Stolz redete ihr ein, daß seine Ausschreitungen nach dieser Richtung hin sie nicht berühren könnten. Sie schien auch wirklich darüber hinweg zu sehen...

Eine gewisse böshafte Neugier war ihr erstanden, die sie antrieb, sich Kenntniß von seinen Siegen zu verschaffen, nur um sich an den Niederlagen zu weiden...

Sie verschlangen ungeheure Summen und das konnte sie dem „Geschäftsmann“ nicht verzeihen.

Er gab sich zwar die erdenklichste Mühe, sie vor der Gattin geheim zu halten, aber sie errieth ihn in seinem Glück, wie in seinem Mißgeschick.

War er à honnes fortunes — im Glück — dann wurde er wichtig, nonchalant und eigenwillig, hatte er hingegen Mitleid, dann zeigte er sich demüthig, liebenswürdig und zärtlich gegen seine Gemahlin...

Als Mutter fühlte sich Sidonie kaum glücklicher. Ihr Eßstücken, das sie sehr geliebt hatte, war ihr gestorben und ihr Knabe, als das einzige schwächliche Kind, war so verhätschelt und mit vierzehn Jahren ein so unausstehlicher Burse geworden...

„Das Loos der Frauen ist beklagenswerth,“ sagte sie mit Iphigenia, und sie wollte daran gehen, es zu bessern. Sie trat energisch als Vorkämpferin für Frauenrechte auf...

„Erhöhte Bildung, Freigebung der Universitäten für die Frau,“ war ihr enthusiastisches Feldgeschrei. In Vorträgen und Diskussionen sollte die Möglichkeit und Nothwendigkeit dieser Bestrebungen eingehend erörtert und klar gelegt werden.

Aber schon bei den ersten Sitzungen zeigte es sich, daß die Mehrzahl dieser Vorkämpferinnen etwas ängstlich war und es erhoben sich warnende Stimmen: Man möge doch ja niemandem wehe thun und nach oben hin nicht anstoßen und verletzen.

So wurde der Antrag eingebracht und sofort zum Beschlusse erhoben, alle Schritte zu thun, um eine allerhöchste Protektorin für den Verein zu gewinnen.

Sie hatten leider keinen Erfolg. Man erzählte zwar von den großen Sympathien einer hohen Frau für den Verein, aber es sei ihr nicht gestattet, diese öffentlich zu bekundigen. Sie war unfrei wie andere Frauen auch...

Man erhielt sie. Die Petition wurde eingegeben, aber als unzulässig zurückgewiesen.

Die Delikatesse, die Reinheit, der Adel der Frau würden darunter leiden, wenn sie so viel Wissen erwerbe, hieß es in der Begründung, und zugleich könnten die fundamentalen und geheiligten Einrichtungen der Familie erschüttert werden.

Selbst die beschränktesten unter den Wittstatterinnen hatten die Unzulänglichkeit dieser Motivierung eingesehen,

aber sie mußten sich dem Erlasse fügen. Da wurde diesen Frauenrechtlerinnen von einsichtigen Ödnern der Rath ertheilt, auf die Staatshilfe zu verzichten und wenn sie durchaus eine Universität haben wollten, sollten sie sie aus eigenen Mitteln erbauen.

Dieser Gedanke wirkte zündend. „Selbsthilfe!“ Diese konnte den Frauen nicht verübelt werden.

„Selbsthilfe, ja,“ rief Frau Sidonie Gehbart. Aber dazu braucht man Geld, denn Geld ist aller Dinge Hintergrund, erklärte sie mit Emphase und diese Sentenz war von allen verstanden und bejubelt worden.

Da keine der Damen aber daran dachte, es selbst herzugeben, wollte man wieder einmal die kleinlichste Eitelkeit der guten Gesellschaft und ihr Bedürfnis, sich öffentlich hervorzu thun, um öffentlich genannt zu werden, für die gute Sache ins Treffen führen.

Der Antrag, eine Wohlthätigkeits-Vorstellung zu arrangiren, war gestellt und angenommen worden.

Man gedachte eine Auslese unter den schönsten Damen zu treffen und für ihre Mitwirkung etwas besonders „pilantes“ zu erfinden, etwas „das zieht“. Sie würden in den Blättern genannt, außerdem photographirt und in den Kunstläden ausgestellt werden...

„Wir werden einen großen Erfolg haben“, versüßte Frau Gehbart am Schlusse ihrer Rede, „nur müssen wir die Sache so vornehm als möglich gestalten. Man muß sich zu diesen Vorstellungen drängen, die Kartenausgabe werden wir selbst besorgen, um aber unserm Zweck eine möglichst große Einnahme zu sichern, werden wir den Preis einer Karte auf 20 Mark festsetzen. Zugleich spreche ich die Erwartung aus, daß jede unserer Vereinstdamen mindestens 20 Karten zum Vertrieb übernehmen wird.“

Diese Stelle fand weniger Anklang. Sie wurde mit Stillschweigen aufgenommen, und eine Anzahl Mitglieder suchten sich heimlich davon zu schleichen. Frau Gehbart bemerkte es und fuhr mit erhöhter Stimme fort:

Sprechungen für die Kleinbauern und Handwerker — das habe den Nothstand nicht, sondern schärfe ihn nur. Der Redner ging dann auf den Gegensatz zwischen Antisemitismus und Spiritismus ein, geißelte die Polizeibergriffe gelegentlich der Nothstandsversammlung am vorigen Donnerstag und verlangte positive Maßnahmen, gesetzlichen Achtstunden-Tag etc. für die Arbeiter. Was bis jetzt von der vielgepriesenen Sozialreform von oben zu Tage gefördert worden, sei nur der Kanonengang der Staatsgewalt nach dem Schloßhof von Neunkirchen (Stumm).

Staatssekretär von Bötticher erklärte sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit. Derselbe gab einen partiellen Nothstand in einigen Bezirken zu, aber dieser sei nicht derart, daß von Reichs- oder Staatswegen eingegriffen werden müßte. Die Gemeinden hätten in einzelnen Fällen mit Erfolg interveniert.

Was die Polizeibergriffe am Friedrichshain anbetrifft, so ist amtlich davon nichts zur Kenntniß des Herrn Ministers gekommen. Von den Mißhandlungen hat sich weder auf dem Polizeipräsidium, noch beim Minister des Innern noch beim Reichskanzler jemand beschwert.

Der Minister weiß also nichts. Es ist eben die alte Geschichte. Beschwert sich jemand über die Polizei, so dreht diese den Spieß um und veranlaßt den Staatsanwalt Klage gegen den Beschwerdeführer zu erheben. Sehen die Mißhandlungen aber aus diesem Grunde vom Beschwerdeweg ab, so erklären die maßgebenden Organe: es liegt ja keine Beschwerde vor, ergo ist niemandem Unrecht widerfahren.

Da in dem anstehenden Falle es außerdem nur Arbeitslose waren, welche geschlagen und vergewaltigt wurden, so kümmert sich auch kein sonstiges Staatsorgan um die Sache. Thierschvereine bestehen — Neujahrsvereine wären notwendiger, die giebt es aber nicht.

In der auf Antrag Singer stattfindenden Diskussion sprachen Richter, Stumm, Nebel und Müller (Dortmund). Der „König“ von Neunkirchen hielt seine schon oft vorgetragene Rede über die Sozialdemokratie, welche Nord und Todtschlag predige und in keiner Weise sich vom Anarchismus unterscheide, heute wieder einmal.

Unser Genosse Nebel antwortete kurz darauf und ging dann speziell auf die Ursachen des Nothstandes, die wunderbare Art, wie der preussische Staat denselben bekämpfe, ein. Heute, nach drei Jahren, sei die beschlossene Sonntagsruhe für die gewerblichen Arbeiter nicht durchgeführt, in den Staatswerkstätten, besonders beim Eisenbahnbetrieb, werden die Löhne gedrückt und Arbeiter entlassen.

Das Vorgehen der Polizei gegen die Arbeitslosen griff Nebel in schärfster Form an, was den Minister v. Bötticher veranlaßte, dagegen Verwahrung einzulegen.

Nach der Rede Möller's wurde die Sitzung auf morgen vertagt.

Wo war Graf Eulenburg, der Vorgesetzte des Herrn von Nichthofen, der parlamentarisch einzig für die Vorgänge am Friedrichshain verantwortliche Mann? Man sah ihn nicht am Bundesratsstische des Reichstages, kein preussischer Minister war da zu sehen, alle glänzten sie durch Abwesenheit, auch Miquel, dessen Steuerprojekte, die Quellen weiterer Arbeitslosigkeit, mit in die Debatte gezogen wurden. Dagegen lenkte ein anderer Mann die Aufmerksamkeit des Reichstages auf sich, ein Vorgänger des Grafen Eulenburg, jetzigen preussischen Ministers des Innern, Herr von Puttkamer, der wohl mit anhören wollte, wie die Thaten der Männer im Reichstage beurtheilt werden, an deren Erziehung er so wesentlichen Antheil hat.

Herr von Stumm greift in seiner ohnmächtigen Wuth darüber, daß die Reichsregierung sich noch immer nicht entschließen kann, ein neues Sozialistengesetz einzuführen, zu Kampfmitteln gegen uns, deren Wahl wirklich Befürchtungen für die Zurechnungsfähigkeit des Allgewaltigen von Neunkirchen nahe legt.

So behauptete er heute gelegentlich der Nothstandsdebatte, die Führer der Sozialdemokratie seien alles reiche Leute geworden, und zwar aus den Beiträgen, die sie den Arbeitern angeblich zur Agitation u. s. w. abnehmen.

Als Beweis für seine Behauptung berief sich Stumm auf eine schon während der Wahlbewegung von Gegnern verbreitete Aufstellung über angebliche Einnahmen der sozialdemokratischen Führer, welche Angaben der „Vorwärts“ nicht widerlegt habe. Letzteres ist richtig; die Angaben jener Aufstellung waren so handgreiflich übertrieben und

trugen das Gepräge der Lüge und böswilligen Erfindung so sichtbar an der Stirne, daß wir es für ausgeschlossen hielten, daß ein ernst zu nehmender Gegner denselben irgend eine Beachtung schenken könnte. Wie Figura zeigt, haben wir uns getäuscht.

Sobald es sich um unsere Partei handelt, ist nichts so dumm und gemein, daß Leute vom Schlage eines Stumm und Konsorten demselben nicht blinden Glauben entgegenbrachten.

Um aber unseren Lesern und allen ernst zu nehmenden Gegnern zu zeigen, welchen Blödsinn umherschweifen Freiherr v. Stumm bereit ist, sobald derselbe nur gegen uns ausgebeutet ist, lassen wir nachstehend die Aufstellung folgen. Dieselbe lautet:

Zwei Millionen deutscher Arbeiter steuern jährlich 10 Millionen Mark für die Sozialdemokratie. Diese Millionen werden folgendermaßen verwendet:

Gehalt für 50 der oberen Führer à jährlich 10 000 M. macht	500 000 M.
desgleichen für 300 solcher zweiter Güte à 5000 M.	1 500 000 „
desgleichen für 500 solcher, die zu Wanderpredigern und Reichstags-Abgeordneten ausgebildet werden sollen, à jährlich 3000 M.	1 500 000 „
Diäten an 40 Reichstags-Abgeordnete à 3000 M.	120 000 „
350 Wahlbezirke jährlich zu bearbeiten à 10 000 M.	3 500 000 „
Zusammen zur Gründung von Zeitungen, Anschaff. zu Büchern, Broschüren, Flugblättern, Streits	1 880 000 „
Summa	9 000 000 M.

Die Rechnung schließt mit folgender bodenloser Niederträchtigkeit: bleibt demnach noch übrig zu freier Verwendung rund eine Million!

Was damit geschieht, geht Euch Arbeiter nichts an, wolt Ihr es aber durchaus wissen, so müßt Ihr die Schatzmeister der Partei fragen.

Jedenfalls aber werden damit noch Schaaeren von jenen Leuten bezahlt, die sich zwar „Arbeiter“ nennen, aber nichts anderes als Partei-Summler sind.

Mit solchen Argumenten bekämpft uns Herr v. Stumm — und mit solchem Gesindel muß man sich herumschlagen.

Ein neues Sozialistengesetz ist das Ziel aller Heilmittel, zu denen die sogenannten „anarchistischen“ Attentate der letzten Zeit Anlaß gegeben haben. Im Lande des Blumchenkaffees ist das Geheimniß, das übrigens für uns nur ein Geheimniß war, von den Mitgliedern des Papagenolandtags und dem Leiter des Ministeriums ausgeplündert worden. Den Anlaß gab die bekannte Angstpetition der 42 ordnungsparteilichen Gemeindevertretungen aus der Umgegend von Dresden. Die erste Kammer, vor welche die Petition vorigen Freitag kam, brachte ihr Entschließen über den Inhalt der Petition aus, die jedem ethischen Ordnungshafen aus der Seele geschrieben sei, — erklärte eine Vermehrung der Landgendarmarie und sonstigen Regierungsgewalten für notwendig, und wurde von dem Ministerpräsidenten Herrn v. Meißel durch eine Rede beglückt, in der derselbe die Versicherung abgab, daß die sächsische Regierung nicht bloß die bestehenden Gesetze aufschärfe gegen die Umsturzpartei, soll heißen die Sozialdemokratie in Anwendung bringen werde, sondern auch auf Vermehrung der gesetzlichen Machtmittel bedacht sei.

Die sächsische Regierung ist also für ein neues Sozialistengesetz — was wir freilich schon längst wußten. Und auch andere sind dafür — nur daß der Plan noch nicht so offen dargelegt worden ist. Man sieht, wie schlecht es um die Sache unserer Gegner, nach deren eigener Meinung, steht.

Ueber die Sonntagsruhe in den chemischen Fabriken ist der Entwurf im Reichsamt des Innern nunmehr fertiggestellt. Im nächsten Jahrhunderte dürfte die Sonntagsruhe in der deutschen Industrie durchgeführt sein.

Graf Arnim-Schlagenthin übersendet den Zeitungen eine Erklärung zur Abwehr der Angriffe, die in der Bismarckpresse infolge seines Briefes an den Fürsten Bismarck veröffentlicht wurden. Aus der Erklärung theilen wir Folgendes mit:

Die „Hamb. Nachr.“ haben erklärt, die Unhöflichkeit der Sprache, die ich geführt, verbiete dem Fürsten Bismarck

mir zu antworten, und dieser habe keinen Anlaß, mit mir den Kampf, den er gegen meinen Vater geführt, fortzuführen. Unter diesen Umständen wird es vielleicht für manchen, der meinen Brief auf die Autorität der „Hamb. Nachr.“ hin für unhöflich hält, von Interesse sein, daß ich in formeller Begleitung den Rath eines Herrn eingeholt habe, der die Schule der Höflichkeit in der Wilhelmstraße, noch bevor Fürst Bismarck deren Leitung aufgab, besucht hat. Dieser hielt den Brief für formell korrekt. Wenn die Thatsachen, die ich mittheilte, eine unhöfliche Sprache reden, so ist das natürlich nicht meine Schuld. Der Kampf gegen mich ist trotz der Anklündigung der „Hamburger Nachrichten“ mit Energie seitens des Fürsten Bismarck in denjenigen Blättern, die von ihm inspirirt werden, aufgenommen worden. Zunächst wurde der arme Hans Blum anonym desavouirt. Fürst Bismarck, so hieß es, habe einzelne Stellen (welche?) für ungenau erklärt, oder durch die „Abend. Post.“ Jg.“ verbreitet, es sei wohl möglich, daß sich Fürst Bismarck in seinem Urtheil über die finanziellen Verbindungen des Grafen Arnim damals geirrt habe. Wenn dieser Satz einen Sinn haben soll, so bedeutet er, daß damals, als Fürst Bismarck dem Dr. Blum von den Spekulationen des Grafen Arnim mit Baron Hirsch erzählte, er sich geirrt hat. Damit wird zugegeben, daß Fürst Bismarck moralisch für Blums's Fabeln verantwortlich ist. Nachdem diese Versuche, die Verantwortlichkeit des Fürsten Bismarck zu beseitigen, keinen durchschlagenden Erfolg erzielt hatten, wurde versucht, die öffentliche Aufmerksamkeit von dem Punkt, auf den es ankam, abzulenken, nämlich daß Fürst Bismarck die Ehrenpflicht hat, selbst die Wahrheit zu sagen. Es wurden neue Märchen zu diesem Zweck in Umlauf gesetzt, wie z. B. daß Feldmarschall Manteuffel und mein Vater gegen Fürst Bismarck sich verbündet hätten. Ich habe nicht für nöthig gehalten, diesen Eintagsfliegen, deren defensiven Werth Fürst Bismarck wohl auch nicht sehr hoch geschätzt hat, Beachtung zu schenken.

Ich bin der Ansicht, daß, wo es sich um die Erfüllung einer Ehrenpflicht handelt, Fürst Bismarck kein Vorrecht hat, vielmehr gerade von ihm verlangt werden kann, daß er in allen Dingen ehrenhaft handelt. Fürst Bismarck hat meinen Vater in jeder denkbaren Weise gerichtlich verfolgen lassen, außergerichtlich ihm und den Seinigen jeden möglichen Schaden zugefügt. Selbst nach dem Tode meines Vaters haben die Chikanen nicht aufgehört. Die Verfolgungen dehnten sich auf die allerschwersten Angelegenheiten aus und weder die Rücksicht auf die Beziehungen Deutschlands zum Auslande noch auf die dem königlichen Hause geschuldete Achtung und Dankbarkeit haben ihnen Schranken gesetzt. Jahrzehnte hindurch wurde, obgleich Fürst Bismarck wußte, daß auch nicht ein Atom Wahrheit daran sei, in der dem Fürsten Bismarck ergebenen Presse die Fabel verbreitet, daß die Hespertät mit meinem Vater gegen ihn intrigirt habe. Dagegen jeder Kenner der Verhältnisse weiß, daß auch nicht eine einzige Persönlichkeit bei Hofe angestellt war, die geeignet oder willig gewesen wäre, ein so gefährliches und ungehöriges Spiel zu versuchen, ist diese Geschichtsfälschung, die jedes ernsthaften Hintergrundes entbehrt und für die, abgesehen von den Aufschuldigungen des Fürsten Bismarck, nirgends eine einzige Thatsache angeführt werden konnte, allmählig eine fable convention geworden. Wiederholt mußten leitende Staatsmänner und Vertreter befreundeter Großmächte über das Ungehörige ihres und ihrer Familien Verkehr mit meinem Vater und seinen Angehörigen sich Belehrungen gefallen lassen und dann die offiziellen Zeitungschreiber sich den Kopf zerbrechen, um Gründe für unerwartet eintretende Bestimmungen zu erfinden. Ich meine, alles, was Fürst Bismarck, ohne jeden Anlaß für sich und Deutschland, uns zu Leide gethan, könnte seiner Manküne genügt haben; er könnte nun den Verunglimpfungen aller derer, die einst seinen Haß erregten, in der ihm ergebenen Presse, hinter deren Anonymität er seine moralische Verantwortlichkeit vergeblich zu verstecken sucht, endlich Halt gebieten. Alle Nebendinge, worauf die öffentliche Aufmerksamkeit in letzter Zeit abgelenkt worden ist, entbinden den tgl. Generalobersten Fürsten von Bismarck nicht der Ehrenpflicht, einfach die Wahrheit zu sagen. Wenn er bei dieser Gelegenheit noch hinzufügen wollte, daß ihm seit 1878 bekannt ist, daß mein Vater nicht bloß der Verfasser von „Pro nihilo“ ist, so würde nicht bloß in der ihm ergebenen Presse, sondern in der ganzen Welt unendlicher Beifall diese That lohnen.

Fraktionen im Bunde der Landwirthe. In der Organisation der nothleidenden Agrarier gährt es, man will dies freilich nicht zugestehen, darum wird weder los demontirt, so wurde auch in Abrede gestellt, daß Mißbilligungen zwischen dem ersten und zweiten Direktor, den Herren Suchsland und Aschendorf vorgekommen sind. Wir wissen aus authentischer Quelle, daß der zweite Direktor Aschendorf nun seine Stellung auf den 1. April gekündigt hat. Sicher ist, daß die Herren sehr großen Werth darauf legen, daß die Meinung obwalte, im Bunde der Landwirthe herrsche volle Einigkeit, nun sollen aber außer Herrn Aschendorf auch die geistigen Leiter, die Herren Dr. Nebel,

„Möge sich Niemand schämen zu betteln, sobald es sich um eine hohe wichtige Sache handelt. Wir werden Alle betteln meine Damen, mit Begeisterung werden wir betteln!“ Das wirkte; dröhnender Applaus folgte.

Die folgende Nebenrin war die Schwester Hartmann's, die kleine reizende blonde Frau Betty Lust. Sie versicherte, sie werde nicht allein Geld, sondern auch die künstlerische Mitwirkung ihres Gatten erbetteln.

„Mein Mann ist zwar viel beschäftigt, er wird nicht wollen, aber — das müßt ihm nüz.“ sagte sie, in den süddeutschen Dialekt übergehend, heiter hinzu. „Damit wir Fraue einmal eine Universität kriegen, mag er sich nur à biffle plage und i garantir für ihn.“

Wenn Frau Betty Lust scherzhaft oder drollig sein wollte, und sie liebte das, dann schwäbelte sie. Es stand ihr allerliebste, sie wußte es. Auch diesmal war der Effekt nicht ausgeblieben. Die ganze Versammlung jubelte das Versprechen, wie die lustige Art, in der es gegeben wurde.

Die Präsidentin aber wie die Schatzmeisterin konnten sich nicht enthalten, Frau Lust um den Hals zu fallen und sie zu küssen, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Frau Gebhart's Wagen erwartete sie am Thore. Darf ich Sie nach Hause bringen, liebe Betty?“ fragte Sidonie ihre Freundin.

Die aber zog es vor, ein wenig in den Straßen zu bummeln.

„Well, dann schide ich den Wagen nach Hause und gehe mit Ihnen.“

Langsam wandelten sie dahin. Die eine groß und schlank, die andere klein und üppig. Beide die Hände in die Hüfte gestekt, mit ihren Schleppen die Straße segnend und lebhaft plaudernd.

Alle Arbeit würde bei diesen Veranstaltungen auf sie entfallen, darauf mußten sie sich gefaßt machen, aber beide waren gewandt und energisch.

„Wir werden die Tagesblätter für unser Unternehmen gewinnen müssen,“ meinte Sidonie.

„Selbstverständlich,“ erwiderte Betty, „aber bitte, überlassen Sie das nur mir — guck, dafür han i schon meine

Leut,“ schwäbelte sie wieder und lächelte überlegen. Sidonie nickte ihr zu.

In der That, es mußte so sein. So oft sich Frau Lust mit ihrem Gatten öffentlich zeigte, und sie versäumte keine dieser Gelegenheiten, pflegten alle Blätter davon Notiz zu nehmen. Da konnte man lesen: „Meister Lust mit seiner liebevollen Gattin wurden vielfach bemerkt,“ oder: „Die schöne Gemahlin unseres genialen Lust wurde von Sr. Hoheit mit einer Ansprache ausgezeichnet,“ oder: „Frau Lust trug ein weißes Brokatkleid en coeur geschnitten. Ihre formenschönen Arme entbehrten des Schmuckes, eine stilvolle Neuerung, der Kutile abgelautet“ u. s. w. mit Grazie... Die Arbeit ihres Mannes hatte die Frau berühmt gemacht und in die Mode gebracht. Ihrer Meinung nach war der Fall umgekehrt zu nehmen, und vielleicht hatte sie nicht ganz Unrecht.

Sie war jung, schön und amüßant. Sie verstand zu schmeicheln, zu lächeln, zu bitten selbst, aber auch, sich Auz zu geben und zu repräsentiren, wie es der Augenblick verlangte.

Ihr Mann hingegen war einfach und wahr und in gewissem Sinne auch einfältig. Ganz mit seinen Entwürfen beschäftigt, glaubte er, naiver Weise, seine Arbeit, sein ernstes Streben müßten genügen, ihn vorwärts zu bringen.

Aber seine besten Schöpfungen waren unbefprochen und unbemerkt geblieben, es fehlte ihm an Aufträgen und Ermunterung.

Betty hatte indeß bald herausgefunden, was man thun müsse, um Erfolg zu haben.

Mit anerkennenswerther Geschicklichkeit war sie ihm zu Hilfe gekommen, und hatte sich Mühe und Kosten nicht verbrießen lassen.

Sie liebte ihren Mann nicht, sie hatte kaum Verständnis für seinen Genius, aber sie liebte seinen Ruhm und bewachte ihn mit eifersüchtiger Strenge. Stets bedacht, ihn weiter auszubilden, gestattete sie nichts, das ihn gefährden konnte.

„D' Leut müßet stets von Einem was z'schwäge habe,“ war ihr Wahlspruch. So schleppete sie den Mann überall mit, wo die Korpphen der Wissenschaft und Kunst sich zu

versammeln pflegten, und wohin es ihr sonst noch Spaß machte.

Immer wohl ausgeruht, voll munterer Laune, von Huldigungen umgeben, unterhielt sie sich prächtig. Sie lächelte, wenn er versicherte, daß er nach diesen durchschwärzten Nächten schlaflos arbeiten könne. Es war ja doch nicht wahr, er arbeitete viel und immer mehr. Die Ausrufe häuften sich und er mußte verdienen, da an die Haushaltung verfiel große Summen. Frau Betty hatte bekommen ihr Haus auf einem vornehmen Fuß einzurichten, wie es der Bedeutung ihres Mannes entsprach.

Die Damen waren in die Briener Straße gekommen und noch immer plauderten sie von ihrem Unternehmen.

Betty versicherte, daß ihr Mann die Bilder stellen werde, aber sie wolle ihn auch dazu bringen, daß er die Kostüme und Stoffe auswähle.

„Wir dürfen ihn nicht mehr locker lassen,“ sagte sie voll Eifer, „er soll nur auch einmal d'ran, er soll nur etwas zur Hebung der Frauenrechte thun, das ist er mir schuldig, ich hab' schon so viel für ihn gethan.“

„Das wird herrlich,“ sagte Sidonie vergnügt. „Und ich hoffe, wir werden die Karten unter der Hand verkaufen und gar nicht affizieren müssen. Das Affizieren ist so gemein,“ setzte sie mit auffällender Bitterkeit hinzu, während sie sich einer Affichensäule näherten.

Unwillkürlich blieben ihre Blicke auf dem daselbst aufgestellten Farbendruck haften, der in Lebensgröße das Bild einer spanischen Tänzerin zeigte.

Es war Signora Oliva, der Star der Saison, der im Kolloseum täglich für seine Bewunderer aufging.

Betty blieb in lustiger Neugier davor stehen und zwang so ihre Freundin, ebenfalls Halt zu machen.

„Weiß Gott, ein Mordsweib diese Oliva, die Männer sind aber auch wie Bejessene hinter ihr her.“

Betty lachte unter den sich ihr aufräugenden Gedanken, dann fragte sie plötzlich, ob Sidonie den neuesten Geniestreich der Oliva kenne.

(Fortsetzung folgt.)

Dr. Bovenchen und der Redakteur des Bundesblattes Horn in den letzten Tagen gekündigt haben. Das sind Zeichen einer rasch fortschreitenden Ferkung in der Organisation des noch lebenden Großgrundbesitzes —

Das ungarische Ministerium Weherle soll wegen des Austrittes zahlreicher Abgeordneter seine Demission eingereicht haben. —

Die brutale Diktatur Crispi's wird jedenfalls bis zum 20. Februar dauern, bis dahin sind nämlich die parlamentarischen Körperschaften verjagt worden. Folgende Telegramme liegen vor:

Massa, 20. Januar. Nach Meldungen aus Carrara haben Abteilungen von Alpenjägern die Operationen im dortigen Gebirge begonnen. Die Entwaffnung der Bevölkerung geht ohne Zwischenfall vor sich.

Massa, 20. Januar. Die Bevölkerung drängte sich auch heute zu den für die Uebergabe der Waffen bestimmten Lokalen. Die Truppen setzten die Verfolgung der flüchtigen Anarchisten fort. General Fensch hat sich nach Carrara begeben. Die schlechte Witterung hält an.

Massa, 21. Januar. Der heutige Tag verlief ruhig. Ein Detachement Alpenjäger durchstreifte die umliegenden Höhen. — Von amtlicher Seite wird die am 19. v. M. verbreitete Nachricht, daß auf einen Eisenbahnzug von Spezia nach Genetrem ein Attentat verübt wurde, dementiert. Der große Steinblock, welcher am Ende des Tunnels von Saligolo gefunden wurde, war von dem Berge herabgeführt, was in der dortigen Gegend namentlich zur Regenzeit häufig ereignet.

Die Diktatur Crispi's wird den Fortschrittsprozess in Italien nicht aufhalten. Das Mißtrauen der Bevölkerung nähert sich dem Höhepunkte. Die Sparmassen werden überlaufen, jedermann will seine Einlagen zurückhaben, auch das sind Zeichen des Verfalls. —

Militär-Strafverfahren in Belgien. In den Justizreformen, welche der Minister Bejeune nächstens bei der Kammer beantragen wird, gehört, wie der „Kölnischen Volkszeitung“ geschrieben wird, auch die Einführung der bedingten Bestrafungen im Militärgerichtswesen, das in Belgien gleichfalls dem Justizminister untersteht. Und wir müssen noch die Öffentlichkeit des militärgerichtlichen Verfahrens fordern. —

Das englische Parlament ist, nachdem es die Kirchspiel- und Distriktsvertretungs-Bill durchberathen, auf einige Wochen in die Ferien gegangen. Kommt es zurück, so findet es Arbeitsstoff die Hülle und Fülle. Die Bergarbeiter, die Temperenzler, die Welshen, die Schotten wollen, so schreibt man uns aus London, ihre Bills, die Wahlregistrierungsreform soll durchberathen werden, die Dingo's sollen Kriegsschiffe, und die Regierung hat sich breitschlagen lassen, einige dieser theueren Spielzeuge zu versprechen, die Radikalen wollen ein demokratisches Budget, während der Schatzsekretär Mindererinnahmen zu vermeiden hat. Da heißt es für eine liberale Regierung, nach allen Richtungen hin zu lauern, aber so geschieht der alte Gladstone auch in dieser Kunst ist, so kam er doch bei der ersten besten Gelegenheit festfahren. Dann heißt es Remoahlen, und ob die wieder eine Gladstone'sche Majorität ergeben werden, ist, nachdem im Kreise Doncastle trotz der auf die Landarbeiter berechneten Gemeindevertretungs-Reform der Tory mit größerer Mehrheit als vorher gewählt worden, sehr zweifelhaft geworden. Indes will ich mich nicht auf Prophezeien verlegen, auch sehe ich in einem allzubald erfolgten Siege der Tories keinen Vortheil für die sozialistische Agitation.

Der Achtstundentag in England. Unser Londoner Korrespondent schreibt:

Daß der Kriegsminister sich entschlossen hat, in den Arsenalwerkstätten den Achtstundentag einzuführen, und daß man im Marineministerium dem Beispiel folgen will, hat Ihnen der Telegraph längst gemeldet. Dieser Tage haben sich auch die Zuschneider in der Monturfabrik in Simlico (Südwest-London) an den Kriegsminister um Einführung des Achtstundentages gewendet und einen sehr zufriedenstellenden Bescheid erhalten. Ferner hat vor einigen Tagen der Staatssekretär der Admiralität, Kay Shuttleworth, auf Anfrage mitgeteilt, daß er den Firmen, welche die Schiffe für die Marine anfertigen, angeordnet habe, wenn sie fortführen, die Schiffe Schweißmeister zu übergeben, statt sie in den eigenen Werkstätten und unter den vorgeschriebenen Arbeitsbedingungen herstellen zu lassen, ihnen der Austrag werde entzogen werden.

Alle diese Verfügungen kommen natürlich nur einem winzigen Bruchtheil der Arbeiterschaft zu gute, aber es sind doch immerhin mindestens 40 000 Arbeiter und ihre Familien, die davon profitieren und indirekt ist die Wirkung natürlich noch eine größere. Darum darf man sich dieser Thatfachen wohl freuen und sie als einen Erfolg der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung feiern. Die Gerechtigkeit gebietet es, anzuerkennen, daß der Beschluß des Herrn Campbell Bannermann zum nicht geringen Theil dem unablässigen Bemühen und der Sachkenntnis von John Burns, sowie der Befürwortung durch liberale Fabrikanten, die bei sich den Achtstundentag mit Erfolg eingeführt, zuschreiben ist, aber ohne die unablässige agitatorische Arbeit der Sozialisten außerhalb des Parlaments würde alle Ueberredungskraft Burns' vergeblich gewesen sein, und ebenso war es der Einfluß der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter, der die betreffenden Fabrikanten) bewog, den Achtstundentag bei sich einzuführen.

Angesichts des schlechten Geschäftsganges wird es überhaupt immer mehr Gebrauch unter den Gewerkschaften, sich hinter die politischen Körperschaften — Grafschaftsräthe, Armenbehörden, Municipalitäten etc. — zu stellen und von ihnen das zu verlangen, was sie im rein ökonomischen Kampf durchzusetzen heute nicht in der Lage sind. Und vielfach mit Erfolg, inntemalen eben die Stimme des Arbeiters immer mehr in der Politik ins Gewicht fällt. —

Serbisches. Dem kleinen Alexander wird das Regieren schon schwer, er dachte es sich leichter und einfacher, er spielte mit Szepter und Krone, ließ sich auf Reisen anheben, befehl auf Hofbällen die Hofrätheins zum Tanze, verlieh Orden und Titel, ließ sich Majestät ansprechen und anschmeicheln. Ja, das wäre Alles ganz schön, wenn das Regieren darin allein bestände, aber es giebt doch auch in Serbien hier und da weniger amüsante Augenblicke. Der Zar von Rußland wollte nicht dulden, daß gegen die Mitglieder des „liberalen“ Kabinetts Avinimovits der Prozess eingeleitet wird. Dies ließ sich aber nicht verhindern, er

schah daran, daß die radikalen Minister ihm in vielen Dingen auch sonst nicht zu Willen sein konnten und auch nicht wollten, da sie ihn bloß als Sprachrohr Milans betrachteten, das als 17jähriger den Eid auf die Verfassung geleistet hatte, war als 18jähriger schon bereit, durch einen schamlosen Verfassungsbruch sich des Meineids schuldig zu machen. Er wollte ein Militärkabinet einsehen und zwang dadurch, daß er seinen des Landes verwiesenen Vater Milan nach Belgrad berief, das radikale Ministerium zum Rücktritt und setzte sich und seinen verhassten Vater ins Unrecht. Heute war hier das bis zur Stunde nicht bestätigte Gerücht verbreitet, daß Milan bei seiner Ankunft in Belgrad ermordet worden sei. Würde der wortbrichtige, elende Bursche, der Mörder der edelsten Serben das Opfer eines Attentates werden, so würde dies Niemanden bei der Heißblütigkeit des Serbenflammes und bei der vollständigen Unmöglichkeit, den Mann zur Rechenhaftigkeit zu ziehen, wundern können. Die nächsten Tage dürfte Klarheit über die Zukunft Serbiens bringen. Vielleicht reist Herr Milan mit seinem hoffnungsvollen Söhnchen auf Nimmerwiedersehen nach Paris. — Von den zahlreich eingelangenen Depeschen theilen wir die beiden folgenden Geroldmeldungen mit:

Belgrad, 22. Januar. Heute Nachmittag traten die Führer der Radikalen zu einer Konferenz zusammen, in der über die gegenwärtige Situation berathen wurde. Auch die vom König bekannt gemachten Bedingungen waren Gegenstand der Berathung, ohne daß jedoch nach irgend einer Seite hin ein Entschluß gefaßt worden wäre. Pasko wird morgen hier eintreffen; man erwartet von ihm eine endgültige Lösung aller schwebenden Differenzen. Im Konal wird an den gestellten Forderungen festgehalten und soll man entschlossen sein, falls sich die Radikalen noch immer in ihrer verschlossenen Position halten, die Verfassung zu suspendiren. Für diesen Fall hat man ein Militärkabinet in Aussicht genommen, welches die Leitung aller Geschäfte wahrnehmen soll und dem Petrovic als Finanzminister beigegeben würde. Die Bildung eines Koalitions-Ministeriums ist nach dem Urtheil maßgeblicher Personen undurchführbar.

Belgrad, 22. Januar. Das Hauptkomitee der radikalen Partei hat an alle Ortsausschüsse des Landes die Aufforderung gerichtet, dahin zu wirken, daß der in Aussicht genommene Anschlag auf die Verfassung und die Volkrechte die Radikalen nicht unvorbereitet und wehrlos vorfindet. Die Ankunft Milans wurde von den Radikalen mit Erbitterung aufgenommen. Ein Ministerium Simitsch-Nikolajewitsch soll in Aussicht stehen; besonderes Aufsehen erregt die Berufung der angeklagten liberalen Minister. Nach allgemeiner Ansicht handelt es sich bei den gegenwärtigen Zuständen um eine Dynastiekrisis. —

In Tsouking rumort es wieder. —

Parteinachrichten.

Sozialdemokratische Redakteure dürfen keine Waffen tragen. Mit Rücksicht auf die unseren Lesern bekannten Ueberfälle von Redakteuren durch Revolver- und Knüppelbesitzer hatte der Redakteur der „Königsberger Volkszeitung“ ein Gesuch an das dortige Polizeipräsidium gerichtet um Ausfertigung eines Waffenscheines. In dem Gesuche war auf die oben erwähnten Vorkommnisse hingewiesen und betont, daß der Redakteur eines Arbeiterblattes, welches die Aufgabe habe, die Rechte der armen und bedrückten Volksklassen zu verteidigen, vielfach in die Lage versetzt werde, Uebelstände und Angehörigkeiten behufs Abstellung zu veröffentlichen und sich durch solche Veröffentlichungen Leute beleidigt fühlen könnten, eines Schutzes gegen eventuelle menschenverderbliche Ueberfälle mehr als jeder andere bedürfe. — Diese Schlussfolgerung müssen auch wir als richtig anerkennen, umsonst, als die geringe Strafe von 14 Tagen Festungshaft als nicht hinreichend erscheint, andere höhere oder niedere Admonies abzuhalten, gegebenen Falles das Faustrecht in gleicher Weise zu üben. — Das Polizeipräsidium von Königsberg scheint hierzu jedoch anderer Meinung zu sein. Nach Verlaufe einiger Tage erhielt der Genosse Redakteur Denkmann den Besuch eines Schuhmanns, der den auf der anderen Seite des Gesuchs vorgeschriebenen Bescheid vorzeigte (ausdrücklich dürfte er — der Schuhmann — das Schreiben nicht), daß ihm das Waffentragen mit Rücksicht auf § 367 des Reichs-Strafgesetzbuches nicht gestattet werden könne. War der Polizei-Präsident der Anschauung, daß sich ein sozialdemokratischer Redakteur besser mit der Feder, als mit dem Knüttel verteidigen kann, so hat er darin unsere Zustimmung. Damit ist aber immer die Thatfache noch nicht aus der Welt geschafft, daß in unserem Kaiserthum Elemente sich heranzubilden, die nur verstehen, mit dem Schießprügel und dem Knüttel umzugehen und nur zu leicht sich versucht fühlen, bei dem geringsten Anlaß wehrlose Leute zu überfallen, um sich auf diese Weise wohlthierische Lorbeeren zu verdienen. Soll durch das Verbot des Waffentragens der leichteren Ausführung solcher Heldenthaten entgegengekommen werden?

Den Reifern und Hilfsbeifern des Münchener Gewerbegerichts (Arbeitgeber) ist der Regierungsentscheid, betreffend die Ablehnung ihrer Wahl, zugegangen. Gegen den Entscheid steht das Recht der Berufung an das Staatsministerium des Inneren als Oberaufsichtsbehörde offen. Das Recht der Berufung wird seitens der hiesigen Berufenen selbstständig ergriffen werden. Die bezüglichen Schritte sind bereits eingeleitet.

Die Stuttgarter Genossen beabsichtigen den Boykott gegen die „Niederhalle“, den größten Saal Stuttgart's, einer der größten Säle Deutschlands, mit erneuter Kraft aufzuheben. Bisher war es nicht gelungen, die Arbeiter von der „Niederhalle“ gänzlich fernzubalten, insbesondere haben die Buchdrucker nach wie vor deren Räumlichkeiten benützt. Grund des Boykotts ist der Umstand, daß die „Niederhalle“ den Sozialdemokraten bei Versammlungen verschlossen ist, während alle anderen Parteien den Saal auf Wunsch erhalten.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Wie bei uns, so wird auch im „Reichsstaat“ Dänemark die Gleichheit vor dem Gesetze geübt. Der Redakteur des „Kopenhagener Sozialdemokraten“ hatte eine dreimonatige Gefängnisstrafe zu verbüßen, weil er in seiner Kritik einer Arbeitsanstalt „beleidigend“ geworden war. Durch angelegentlich geistige Thätigkeit war er sehr leidend geworden; in einer Eingabe hatte er nun das Gesuchen gestellt, seine Haft nicht in dem als überaus ungesund bekannten Gefängnis zu Christianshavn, sondern in Nyförs abzuüben zu dürfen. Während diese Bergangung nun aber Gaunern und Mördern zu Theil wurde und während man regierungsfreundlichen Redakteuren, welche ein unvorsichtiges Wort der heiligen Gerechtigkeit in die Anne geführt hat, den Aufenthalt in ihren Hallen möglichst angenehm zu machen sucht, mußte der gesundheitsgeschwächte, aber staatsgefährliche Redakteur natürlich in die kalten und halbunsauren Zellen zu Christianshavn. Was geht es die Gefängnisverwaltung an, wenn die Gesundheit eines sozialistischen Redakteurs durch den Aufenthalt im Gefängnis leidet; die Bourgeoisblätter rühmen Herrn Polizeispektor Korn deshalb doch als einen gegen Journalisten besonders lebenswichtigen Mann! Herr Windblad wurde von der Redaktion des

„Sozialdemokraten“ und den Reichstagsabgeordneten der Fraktion mit vier Droschken bis zur Thüre des Gefängnisses begleitet.

Gerichts-Beitrag.

Enlabiyaprozess. Prag, den 20. Januar. Der Vertheidiger Kliment theilt mit, er habe die Vertheidigung des Angeklagten Jezsar übernommen, nachdem Letzterer es abgelehnt habe, sich weiter von Dr. Just vertheidigen zu lassen, weil dieser die Würde des Angeklagten preisgegeben, indem er wegen dessen erzeuften Benehmens bei dem Präsidenten um Nachsicht gebeten und die strafweise Abführung Jezsar's verhindert habe. Unter den fernere verhöreten Angeklagten befand sich der Anarchist Madracel, welcher nach Erledigung des Prager Prozesses nach Wien wegen Hochverrats ausgeliefert werden wird. Sodann fand das Verhör derjenigen Angeklagten statt, welche den Steinbock gegen das adelige Kasino eröffnet hatten. Dieselben sagen aus, die Steine seien ihnen durch Zufall aus den Händen geschleudert worden. Die Fortsetzung der Verhandlung findet Montag statt.

Montag, den 22. Januar. In der heutigen Verhandlung wurde mit dem Verhör derjenigen Angeklagten, welche sich auf freiem Fuß befinden, begonnen. Einer derselben wurde sofort nach dem Verhör wieder entlassen, weil er erklärte, daß er andernfalls seinen Dienst verlieren würde und seine Eltern zu unterstützen habe. Ein Anderer wurde gleichfalls nach dem Verhör sofort entlassen, weil er kränzlich ist und schon während der Untersuchungshaft fünf Wochen im Gefängnishospital untergebracht war. Dieser Angeklagte ist derselbe, welcher am Freitag den Vertheidiger veranlaßt hat, an den Justizminister einen neuerlichen Protest wegen des angeblich gesundheitswidrigen Zustandes des Verhandlungssaales zu richten.

Soziale Uebersicht.

Wir machen die Kollegen und Arbeiter sämtlicher Gewerkschaften auf die am Mittwoch, den 24. d. M., Vormittags 10 Uhr, in den Kontordia-Sälen stattfindende Versammlung sämtlicher Droschkentischer aufmerksam und ersuchen jeden redlich denkenden Arbeiter und Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Genossen! Es ist unser festes Bestreben, bis zum Ende Standhaft auszuhalten und sind wir auch überzeugt, daß Ihr Euch auch solidarisch mit uns erklären werdet, um diesen Kampf siegreich zu Ende zu führen. Also, Genossen, erscheint alle Mann für Mann in dieser Versammlung. Das Agitationskomitee der Droschkentischer Berlin und Umgegend.
J. A.: A. Stiller.

Achtung, Pinoleumarbeiter!

Ueber die Firma Quantmeier u. Söhne ist von den streikenden Arbeitern die Sperre verhängt worden und es werden daher namentlich die auswärtigen Kollegen dringend vor Zugang nach Berlin gewarnt. Zur ferneren Besprechung der gegenwärtigen Lage findet heute, Dienstag, bei Engel, Zimmerstraße 79, eine öffentliche Versammlung der Pinoleumarbeiter statt, zu der jeder Kollege hiermit dringend eingeladen ist.
J. A.: Obereschmidt, Nollendorferstr. 25.

Erstattung von Beitragsmarken. Wir wollen nicht verfehlen, diejenigen Antragsteller auf Gewährung von Alters- und Invalidenrenten bzw. deren Erben, die mit ihrem Renten-antrage deshalb abgewiesen worden sind, weil ihre Beschäftigung nicht für versicherungspflichtig erachtet wurde, und für die trotzdem Beitragsmarken verwendet worden sind, darauf aufmerksam zu machen, daß dieselben, am besten gemeinschaftlich mit ihren Arbeitgebern, bei denjenigen Versicherungsanstalten, deren Marken sie verwendet haben, die Erstattung des Wertes dieser Marken beantragen können. Der Antrag kann auch prokollatorisch bei der Polizeibehörde des Wohnortes gestellt werden.

Verhältnismäßig bedeutende Summen sind hierdurch ungerechtfertigt in die Kassen der Versicherungsanstalten geflossen und sind, da die Erstattung der irrthümlich verwendeten Beitragsmarken nur auf Antrag erfolgt, dem Vermögen der Einzelnen und dem Wohle der Gesamtheit entzogen. — Gleichzeitig wollen wir bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, nochmals auf das letzte Rundschreiben des Reichs-Versicherungsamts an die Versicherungsanstalten hinzuweisen, in dem den letzteren empfohlen wird, den Arbeitgebern und Arbeitnehmern den Betrag noch nicht verwendeter Beitragsmarken, falls derselbe den Betrag von einer Mark erreicht, auf Antrag zu erstatten.

Achtung, Korbmacher! Zugang nach Greifswald ist strengstens fern zu halten, da über die Verhältnisse von Jädel die Sperre verhängt ist.

Achtung! Schneider und Schneiderinnen! Die nächste Werkstatte- und Geschäftsdelegirten-Versammlung findet am Mittwoch, den 24. Januar, Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Freygang, Schützenstraße 18/19 statt. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen von Kollegen und Kolleginnen aus allen Werkstätten und Geschäften notwendig. Namentlich ersuchen wir die Kollegen und Kolleginnen der Geschäfte: J. Weltmann, „Der Prophet“, „Alle Mann zu Fuß“, Moritzplatz, American Pants Suit Factory, „Deutsche Kampagne“, Oranienstraße, „Arbeiterfreund“, Oranienstraße, sowie sonstiger Kellamegeschäfte, anwesend zu sein.

Die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins.

Die Durchschnittslöhne der Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter betragen im Bezirk der Amtshauptmannschaft Döbeln (Sachsen) pro Jahr: 1. für erwachsene männliche Arbeiter 500 M., 2. für erwachsene weibliche Arbeiter 350 M., 3. für jugendliche männliche Arbeiter 250 M., 4. für jugendliche weibliche Arbeiter 200 M. Wenn der Mann und die Frau vereint arbeiten, so verdienen sie immer noch nicht die Summe von 900 M. jährlich, welche bekanntlich sogar der Herr Hofrath Ackermann zu einem „menschenwürdigen“ Leben für notwendig hält. Wie menschenwürdig müssen jene Bedauernswürthen leben.

Versammlungen.

Dienstag und Freitag, Carneval. (Mitglied des deutschen Arbeiter-Turnerbundes). Die 2. Männer-Abtheilung turnt heute von 8 bis 10 1/2 Uhr. (Städtische). 55-56.

Samstag Berliner Goldhauer. Siehe Inserat in dieser Nummer. Privat-Theater-Gesellschaft „Union“. Deuts. Dienstag, Abends 8 Uhr im Restaurant Toale, Opernbergstr. 22: Sitzung. Nachdem Theatral.

Depeschen.

(Wolf's Telegraphen-Bureau.)

Amsterdam, 20. Januar. Aus Sappemeer (Provinz Groningen) wird gemeldet, daß infolge einer Demonstration von Arbeitslosen eine Proklamation veröffentlicht wurde, welche jede Ansammlung von mehr als 5 Personen untersagt. Der Zug der Arbeitslosen wurde von der Polizei zerstreut, ohne daß jemand verwundet wurde.

New-York, 22. Januar. Infolge der Entlassung von fünf Angestellten der Tramway-Gesellschaft Bridgeport-Connecticut stellten 100 Bedienstete die Arbeit ein, bestritten gestern den Fahrweg und verhinderten den Verkehr. Ein Wagen wurde in Brand gesteckt. Im Laufe des Tages fanden verschiedene Zusammenstöße zwischen den Streikenden und der Volksmenge statt, bei welchen mehrere Personen ernstlich verwundet wurden. Der Bürgermeister verließ die Aufbruchtritte; zwölf Personen wurden verhaftet.

* Zwei davon, die Herren Allen und Mather, sind Besitzer großer Eisenkonstruktions-Unternehmungen, der dritte, Herr Brunner, Direktor eines großen Kalwerkes. Alle drei vertreten Wahlkreise des nördlichen England. Herr Brunner war lange Zeit der Gegenstand bitterer Angriffe in der Arbeiterpresse wegen der Zustände in dem ihm unterliegenden Werken, bis er sich entschloß, es mit dem Achtstundentag zu versuchen, bei dem, nach seinen eigenen Erhebungen, unter dem Einfluß besserer Maschinen und besserer Arbeitseinteilung, ebensowiel geleistet wird als zuvor.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Dienstag, den 23. Januar.
Opernhaus. VII. Sinfonie. Abend der königlichen Kapelle.
Johannspielhaus. Die Journalisten.
Leffing-Theater. Madame Sans-Gêne.
Deutsches Theater. Das Käthchen von Heilbronn.
Berliner Theater. Aus eigenem Reich.
Wagner-Theater. Geschlossen.
Friedrich-Wilhelmstäd. Theater. Der Dientenant zur See.
Residenz-Theater. Der Rüstergatte.
Preuss. Theater. Flatterjucht. Vorher: Nach 2 Jahren.
Central-Theater. Ein toller Einfall. Berlin 1893.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Viktoria-Theater. Die Kinder des Kapitän Grant.
Alexanderplatz-Theater. Maria Stuart.
National-Theater. Der Teufel in Berlin. Nachher: Charley's Tante.
American-Theater. Pumpen-Susanne, oder: Die Obdachlosen von Berlin.
Theater Unter den Linden. Salon Pöbelberger. Nachher: Brahma.
Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Baummann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 182. Doppelvorstellung zu einfachen Preisen. Novitäten! Novitäten!

Charley's Tante.

Große parodistische Posse mit Gesang und Tanz von Hugo Basse. Regie: Max Samst. Musik von Adolph Wiedede. Vorher:

Der Teufel in Berlin.

Große Posse mit Gesang und Tanz in 8 Akten von Eugen Brubens. Musik von H. Wiedede. Regie: Max Samst. Kaffeeöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Sonntag Nachm. 3 Uhr. Volksvorstellung: Don Carlos.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 90. Ein toller Einfall.

American-Theater.

Präsidenten-Straße 55. Lumpensusanne oder: Die Obdachlosen von Berlin. Parodistisch-realistisches Traumbild aus dem Müllwinkel (frei nach dem Verbrecher-Mönn) bearb. v. Oskar Wagner. Lumpensusanne, gen. "Die Gräfin", ein schon geprüftes Mädchen. Franziska Häser. Die Bombe, Astervermeijerim im Müllwinkel des "Sonnenabgangs". Josephine Delicissour. Brunwald — mit bewegter Vergangenheit. Martin Bendix. Täglich: Auftreten des besten Baudeckers d. Jetztzeit

H. Blank.

„Direktor Hippe“ von Martin Bendix. Mistr. sämtl. Spezialitäten. Anfangswochen 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 1/2 Uhr.

Passage-Panopticum.

Der Deutsche Mann mit dem Steinkopf. Ohne Extra-Entree. Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Adolph Ernst-Theater.

Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.

Kaufmann's Variété.

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz. Täglich: Spezialitäten-Vorstellung und Konzert.

Etablissement Buggenhagen.

Täglich: Gr. Instrumental-Konzert. Gr. Frühstück- u. Mittagstisch. Spezial-Auswahl von Pilsener Lagerbier, hell und dunkel.

Gratweil'sche Bierhallen.

Kommandantenstr. 77-79. Welt. u. größt. Etablissement Berl. Neues Programm. Täglich von 6 Uhr ab bei freiem Entree.

National-Konzert D. Obenlander.

in National-Tracht und Auftreten von Künstlern u. Spezialitäten I. Ranges.

Präuscher's Museum.

Tausende von anatomischen Präparaten. Schaukanal durch fünf Körper. Gladiatoren-Kampf. Wunder d. Aeroplastik u. Mechanik. Täglich von 9 früh bis 10 Abends für erwachsene Herren. Dienstag und Freitag: Damentag.

Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstrasse. Dienstag, den 23. Januar cr., Abends 7 1/2 Uhr: Große Brillant-Vorstellung.

Die Fuchsjagd bei Bolton.

Hochinteressantes Jagd-Bild in 2 Abteilungen. An der Jagd nehmen Theil 24 Damen und Herren mit englischen Halb- und Vollblutpferden. Ballet-Einlage: La Postillone-Mazurka, arrangiert vom Balletmeister R. Riegel. getanzt vom Corps de ballet. Morgen: Große Vorstellung. Freitag, 26. Januar: Benefiz-Vorstellung für den beliebten Clown William Olschanski. Hochachtungsvoll und ergebenst G. Schumann, Direktor.

Etablissement „Süd-Ost“, (Inhaber G. Ulrich) Waldemar-Strasse 75. Umständehalber sind Sonntagsabend der 10. und 17. März frei geworden; auch ist der Palmsonntag zu haben. [58158]

Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante.

Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas. Vorher:

Die Bajazzi.

Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson. Musik von Franz Roth. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Kaufmann's Variété.

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz. Täglich: Spezialitäten-Vorstellung und Konzert.

Ein Stiergefecht in Cadix.

Große Ausstattungs-Parodie. Pantomime mit Ballet, ausgef. von den spanischen Clowns Hermandos Beiso und sämtlichem Theater-Personal. Anfang: Sonntags 6 Uhr. Wochentags 8 Uhr. Entree Wochentags 50 Pf.

Etablissement Buggenhagen.

Täglich: Gr. Instrumental-Konzert. Gr. Frühstück- u. Mittagstisch. Spezial-Auswahl von Pilsener Lagerbier, hell und dunkel.

In den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf. Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., statt. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Gratweil'sche Bierhallen.

Kommandantenstr. 77-79. Welt. u. größt. Etablissement Berl. Neues Programm. Täglich von 6 Uhr ab bei freiem Entree.

National-Konzert D. Obenlander.

in National-Tracht und Auftreten von Künstlern u. Spezialitäten I. Ranges.

Präuscher's Museum.

Tausende von anatomischen Präparaten. Schaukanal durch fünf Körper. Gladiatoren-Kampf. Wunder d. Aeroplastik u. Mechanik. Täglich von 9 früh bis 10 Abends für erwachsene Herren. Dienstag und Freitag: Damentag.

Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstrasse. Dienstag, den 23. Januar cr., Abends 7 1/2 Uhr: Große Brillant-Vorstellung.

Die Fuchsjagd bei Bolton.

Hochinteressantes Jagd-Bild in 2 Abteilungen. An der Jagd nehmen Theil 24 Damen und Herren mit englischen Halb- und Vollblutpferden. Ballet-Einlage: La Postillone-Mazurka, arrangiert vom Balletmeister R. Riegel. getanzt vom Corps de ballet. Morgen: Große Vorstellung. Freitag, 26. Januar: Benefiz-Vorstellung für den beliebten Clown William Olschanski. Hochachtungsvoll und ergebenst G. Schumann, Direktor.

Kaufmann's Variété.

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz. Täglich: Spezialitäten-Vorstellung und Konzert.

Ein Stiergefecht in Cadix.

Große Ausstattungs-Parodie. Pantomime mit Ballet, ausgef. von den spanischen Clowns Hermandos Beiso und sämtlichem Theater-Personal. Anfang: Sonntags 6 Uhr. Wochentags 8 Uhr. Entree Wochentags 50 Pf.

Etablissement Buggenhagen.

Täglich: Gr. Instrumental-Konzert. Gr. Frühstück- u. Mittagstisch. Spezial-Auswahl von Pilsener Lagerbier, hell und dunkel.

In den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf. Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., statt. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Gratweil'sche Bierhallen.

Kommandantenstr. 77-79. Welt. u. größt. Etablissement Berl. Neues Programm. Täglich von 6 Uhr ab bei freiem Entree.

National-Konzert D. Obenlander.

in National-Tracht und Auftreten von Künstlern u. Spezialitäten I. Ranges.

Präuscher's Museum.

Tausende von anatomischen Präparaten. Schaukanal durch fünf Körper. Gladiatoren-Kampf. Wunder d. Aeroplastik u. Mechanik. Täglich von 9 früh bis 10 Abends für erwachsene Herren. Dienstag und Freitag: Damentag.

Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstrasse. Dienstag, den 23. Januar cr., Abends 7 1/2 Uhr: Große Brillant-Vorstellung.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden, Bekannten und Genossen die traurige Mitteilung, das mein lieber Mann, unser guter Vater, der Cigarrenarbeiter

Friedrich Hatzki.

am 19. Januar verstorben ist. Die Beerdigung findet Dienstag, den 23. Januar, Nachm. 1 Uhr, vom Trauerhause, Oppelnerstr. 22, aus statt. Die trauernde Wittwe nebst Kindern.

1872b

Für die liebevolle Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters

Friedrich Bencker

sagen wir allen Freunden und Bekannten, sowie den Kollegen der Dattischen Fabrik und dem Gesangsverein Collegia I unseren innigsten Dank. Wittwe Louise Bencker nebst Kindern.

1874b

Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage.) Die 8 Wunderhunde.

Truppe Hassoni. Mr. Goswin. Louise Bonné und das gesammte neue Riesenprogramm.

Entree 15 Pf. R. Winkler.

Böhmisches Brauhaus.

Landesberger Allee. Jeden Dienstag: Stettiner Sänger

Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Im Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate). Zum Schluss (höchster Lachserfolg):

Eine Soiree bei Lehmann's.

Gr. parodistisches Ensemble von Meyfel. Donnerstag: Sanssouci.

Concordia-Festsäle.

C. Saeger, 64. Andreasstraße 64. Donnerstag, den 23. Januar: Grosse Soiree der Norddeutsch. Sänger

Kinderwähltes Programm. Nachdem: Familien-Kränzchen. Familien-Billets und Passpartouts haben Vorrang. Anfang 8 Uhr. 65/11 C. Saeger.

Circus Renz.

(Karlstraße.) Dienstag, den 23. Januar cr., Abends 7 1/2 Uhr: Ein Künstlerfest.

Neue Ausstattung; neue Einlagen, u. a. Signorina Varotti, die kleinste Solotänzerin der Welt. Kinderorchester. Außerdem: Der ostpreussische Hengst Blondel vorgeführt vom Dir. Fr. Renz. 6 Rappen und Karoussel v. 30 Pferden, vorgeführt von Herrn R. Renz. Das Schulpferd Prinz, ger. v. R. Renz. Cromwell, geritten von Fr. Oezana Renz. Der Handequilibrist Mr. Nelson. Die Akrobaten auf dem Telephonbrat Kalva, Espana und Alvar. Mr. Lavater Lee etc.

Preise wie gewöhnlich. Der Circus ist gut geheizt. Mittwoch: Ein Künstlerfest. Sonnabend: Parade-Postvorstellung. Fr. Renz, Direktor.

Sozialdemokr. Agitationsverein für Bittenberg, Torgan etc.

Morgen, Mittwoch, den 24. Januar, Abends 8 Uhr, bei Lehmann, Neue Gränstr. 14: General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Antrag Schmidt u. Genossen: Auflösung des Vereins. 4. Bericht des Vorstandes, des Kassiers und der Revisoren. 440/3 Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsschule.

Südost-Schule. Der Unterricht in Mathematik fällt heute Dienstag aus. Der Vorstand.

1. Berl. Homöopath. Heil.-Institut, Eyst. Dr. Devotter, jetzt Steinwegstr. 2, an der Kurfürststr. 10-12, 4 1/2-6 1/2.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Defftl. Mitgliederversammlung.

am Mittwoch, 24. Januar, Ab. 8 1/2 Uhr, im Louisenstädt. Konzerthaus, Alte Jakobstr. 97.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten August Köhn. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Protokolle können in der Versammlung beim Kassierer in Empfang genommen werden.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 23. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale der „Urania“, Wrangelstraße Nr. 9-10: Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Paul Singer über: „Die politische Thätigkeit des Reichstages im vergangenen Jahre“. 2. Diskussion. 3. Diskussion über die Anschaffung einer Vereinsbibliothek. 4. Verschiedenes. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht.

377/19 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 23. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Grand Hotel am Alexanderplatz, Eingang Alte Schützenstraße 14-15. Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Brühne über: „Die wirtschaftliche und politische Lage“. 2. Diskussion. 3. Kassenbericht des Kassiers. 4. Neuwahl der Revisoren. 5. Verschiedenes. 579/4 Die Zahlstellen des Vereins befinden sich bei R. Richter, Neue Königstraße 90; Achilles, Greifswalderstraße 210; F. Weber, Landesbergerstraße 41; Fr. Krüger, Dittenstraße 10; E. Wittchow, Al. Hamburgerstraße 27.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Am Dienstag, den 23. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, in der Norddeutschen Brauerei, Chausseest. 58: General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht. Bericht der Revisoren. 2. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Hoffmann über: Die neue Steuerordnung. 3. Diskussion. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Das Stiftungsfest des Vereins findet am 10. Februar in den Germania-Sälen statt. — Diejenigen Genossen des 6. Wahlkreises, welche Abonnenten des „Vorwärts“ sind, ersuchen wir im Interesse unserer guten Sache, sich dem Wahlverein anzuschließen, denn nur durch enges Zusammengehen sind wir im Stande, Grobes für die Partei zu leisten, nur in geschlossener Phalanx können wir dem Gegner imponieren.

Bauverein Berliner Bildhauer.

Dienstag, den 23. Januar 1894, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Ehrenberg, Annenstr. 16: Versammlung.

Tagesordnung: 1. Geschäftsliches. — Wahl eines Schriftführers, eines Beisizers und eines Revisors für den Zentral-Vorstand. — Steinbildhauer-Abend. — Verschiedenes. Es ist vielfach unter den Kollegen die Meinung verbreitet, daß an sogenannten Branchen-Abenden nur die Kollegen der betreffenden Branche zu erscheinen brauchen; dem ist aber nicht so; es ist vielmehr Pflicht eines jeden Mitgliedes, auch an solchen Versammlungen zugegen zu sein. Denn einmal werden häufig Fragen von Wichtigkeit verhandelt, und weiter bieten die Branchen-Abende die beste Gelegenheit, die Kollegen der verschiedenen Branchen in nähere Berührung zu bringen.

Große öffentliche Versammlung sämtl. Droschkenkutscher und Arbeiter Berlins und Umgegend.

am Mittwoch, den 24. d. M., Vormittags 10 Uhr, in den „Konkordia-Sälen“, Andreasstr. 64. Tagesordnung und Referent werden in der Versammlung bekannt gemacht. Sämtliche Kollegen und Arbeiter sämtlicher Gewerkschaften sind hierzu freundlichst eingeladen und werden ersucht, recht zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.

Das Agitations-Komitee der Droschkenkutscher Berlins und Umgegend. J. H.: A. Stiller. 148/9

Öffentliche Volks-Versammlung für Männer und Frauen.

am Mittwoch, den 24. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Joël, Andreasstr. 21. Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Geschliche Gewissensfreiheit und tatsächliche Vergewaltigung. Referent: Fr. Jda Mann. 2. Diskussion. Zur Deckung der Unkosten findet Zellerksammlng statt. A. Jänicke, (Pötting), Usedomstr. 21. 1980b

Berein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirth.

Der vom Verein beschlossene Herren-Abend findet am Donnerstag, den 25. d. Mts., beim Kollegen Ehrenberg, Annenstr. 16, statt.

Die Mitglieder werden ersucht, sich recht zahlreich zu betheiligen. Gäste können durch Mitglieder zu diesem gemächlichen Abend eingeführt werden. — Die in der letzten Versammlung entstandenen Differenzen sind nach rechtlicher Prüfung der Sachlage zu rechten des Kollegen Ehrenberg ausgefallen. Der Vorstand. J. H.: Lorenz.

Berein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirth.

Der vom Verein beschlossene Herren-Abend findet am Donnerstag, den 25. d. Mts., beim Kollegen Ehrenberg, Annenstr. 16, statt.

Die Mitglieder werden ersucht, sich recht zahlreich zu betheiligen. Gäste können durch Mitglieder zu diesem gemächlichen Abend eingeführt werden. — Die in der letzten Versammlung entstandenen Differenzen sind nach rechtlicher Prüfung der Sachlage zu rechten des Kollegen Ehrenberg ausgefallen. Der Vorstand. J. H.: Lorenz.

Berein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirth.

Der vom Verein beschlossene Herren-Abend findet am Donnerstag, den 25. d. Mts., beim Kollegen Ehrenberg, Annenstr. 16, statt.

Die Mitglieder werden ersucht, sich recht zahlreich zu betheiligen. Gäste können durch Mitglieder zu diesem gemächlichen Abend eingeführt werden. — Die in der letzten Versammlung entstandenen Differenzen sind nach rechtlicher Prüfung der Sachlage zu rechten des Kollegen Ehrenberg ausgefallen. Der Vorstand. J. H.: Lorenz.

Berein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirth.

Der vom Verein beschlossene Herren-Abend findet am Donnerstag, den 25. d. Mts., beim Kollegen Ehrenberg, Annenstr. 16, statt.

Die Mitglieder werden ersucht, sich recht zahlreich zu betheiligen. Gäste können durch Mitglieder zu diesem gemächlichen Abend eingeführt werden. — Die in der letzten Versammlung entstandenen Differenzen sind nach rechtlicher Prüfung der Sachlage zu rechten des Kollegen Ehrenberg ausgefallen. Der Vorstand. J. H.: Lorenz.

Berein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirth.

Der vom Verein beschlossene Herren-Abend findet am Donnerstag, den 25. d. Mts., beim Kollegen Ehrenberg, Annenstr. 16, statt.

Die Mitglieder werden ersucht, sich recht zahlreich zu betheiligen. Gäste können durch Mitglieder zu diesem gemächlichen Abend eingeführt werden. — Die in der letzten Versammlung entstandenen Differenzen sind nach rechtlicher Prüfung der Sachlage zu rechten des Kollegen Ehrenberg ausgefallen. Der Vorstand. J. H.: Lorenz.

zusuführen; denn wenn die Arbeiter nicht dienen müßten, würden sie die Zahl der Arbeitslosen vielleicht noch vermehren. (Sachen links.) Die Vermehrung der Armee hat aber auch noch die Herstellung einer Menge von Bedarfsgegenständen notwendig gemacht, wodurch Arbeit geschaffen worden ist. Die Annahme der Tabaksteuer würde 100 000 Menschen mehr beim Tabakbau beschäftigen. Allen diesen Maßregeln hat aber die Sozialdemokratie entschieden Widerstand entgegengebracht. Man braucht nicht an die Kultivierung der Lüneburger Heide zu gehen; die Landwirtschaft in allen Landesteilen braucht Arbeiter. Aber diese Arbeit post den Leuten nicht, welche in Berlin das sozialdemokratische Gift eingesogen haben. Man müßte den Jutrus nach den großen Städten unterbinden, dadurch wird am ersten einem Nothstande entgegengebeitet. (Widerstand links.) Vielleicht machen die in Preußen neu einzurichtenden Landwirtschaftskammern praktische Vorschläge in dieser Beziehung. Der Schuy des Handwerks müßte endlich durchgeführt werden und auch das 50 Pfennig-Porto müßte reformiert werden; denn unter diesem Packetverkehr leidet der kleine Handwerker. Bezüglich der Vorgänge am Donnerstag kann ich konstatieren nach meiner genauesten Information, daß die Polizei die Grenze ihrer legitimen Aufgabe durchaus nicht überschritten hat. Die Polizei mußte ähnliche Ausschreitungen wie im vorigen Jahre erwarten. Es sind weder bei der Polizei Beschwerden eingelaufen, noch in den Sanitätsämtern Unfälle zur Behandlung gekommen, sodas man daraus ersehen kann, daß die Polizei rücksichtslos vorgegangen ist (Sachen links). Die Polizei kann es Ihnen nicht recht machen, oder vielmehr, sie macht es Ihnen immer recht: Sie erheben auf grund jedes Vorkommnisses Vorwürfe aller Art. Die Sozialdemokratie verwarft sich immer gegen den Zusammenhang mit den Anarchisten. Wenn auch der Anarchismus nicht die logische Konsequenz des Sozialismus ist, so bleibe ich doch dabei, daß beide dasselbe sind. Sie unterscheiden sich nur in bezug auf die Frage, ob früher oder später losgeschlagen werden soll. Und selbst bei so gemäßigten Sozialdemokraten wie Bedel finden sich Aeußerungen, die der Anarchisten würdig sind. Herr v. Bennigsen's Auslassung über Anarchismus und Sozialismus kann ich durchaus nicht als richtig anerkennen. Jede Schandthat der Anarchisten ist mehr oder weniger eine Konsequenz dessen, was die Sozialisten lehren. Es muß eine interkationelle Vereinbarung in Deutschland geschaffen werden, daß wir unbedingt nicht dulden wollen, daß die öffentliche Ordnung gestört wird, und daß wir diejenigen, die bewußt oder unbewußt auf eine Revolution hinarbeiten, sei es durch ein neues Sozialistengesetz oder auf andere Weise, in ihre Schranken zurückweisen. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Die Sozialdemokraten sind der Meinung, daß der Staat imstande sei, den Nothstand zu beseitigen. Dieser Ansicht sind wir nicht. Was Herr v. Stumm vorgebracht, will mir doch nicht richtig scheinen. Von den projektirten neuen Junkerparlamenten, den Landwirtschaftskammern, will ich hier nicht reden. Alle agrarische Intelligenz ist schon vertreten im Herrenhause, Abgeordnetenhaus und hier; bringen Sie doch alles, was Sie wissen, hier vor, und warten Sie nicht auf die neuen Kammern. Um den Jutrus nach den Städten zu verhindern, giebt es ein sehr einfaches Mittel: die Beschränkung des Grundbesitzes, die Schaffung kleiner Grundbesitzer. Was jetzt geplant wird, ist das gerade Gegenteil davon. Man will die Zerschindbarkeit und Veräußerlichkeit des Grundbesitzes erschweren und die bestehenden Verhältnisse verschlechtern. Es fehlt eine intensive Landwirtschaft, wozu aber Kapital gehört, welches die jetzigen verschuldeten Besitzer nicht haben. Von der Beseitigung des 50 Pfennig-Portos schwärmt auch Herr Miquel; er hoffte mehr Geld daraus zu ziehen, scheiterte aber an dem Widerstand des Herrn v. Stephan, der noch daran glaubt, daß wir in diesem Jahre unter dem Zeichen des Verkehrs ständen. Nach Herrn v. Stumm könnte man sagen: Je mehr Soldaten, desto besser geht's im Lande. Das wäre richtig, wenn die Mittel zur Unterhaltung aus der vierten Dimension kämen. Die Vermehrung der Steuerlast bringt aber einen geringeren Konsum mit sich und dadurch eine Verminderung der Produktion. Mit solchen Ideen, wie Herr von Stumm verteidigten die französischen Könige ihren großen Purus und General v. Steinmeß bezeichnete in diesem Sinne die Vermehrung der Armee als einen beschränkenden Regen für das Land. Ich hätte nicht erwartet, daß Herr v. Stumm trotz seiner parlamentarischen Erfahrung auf dem Standpunkt des Herrn v. Steinmeß zurückgeblieben wäre. (Heiterkeit.) Die Steuerprojekte tragen dazu bei, die ungünstigen Verhältnisse nur noch mehr zu verschlechtern. Durchgreifende Maßnahmen erwarte ich von der Regierung nicht, desto mehr erwarte ich aber, daß sie das thut, was sie thun kann. In erster Linie würde ich erwarten, daß die Regierung die ausichtslosen Steuererlese zurückzieht. Solche Vorlagen, für die eine Nothheit nicht zu finden ist, hätte man gar nicht erst mitbringen sollen. Der Volksthrig mit Rußland hat auch die Verhältnisse verschlechtert, was zeigt ein Zirkular der Handelskammer meines Wahlkreises, wonach die Bestellungen aus Rußland diesmal fast vollständig ausgeblieben sind, die sonst in der Zeit der kalten Wintermonate Beschäftigung brachten. Ähnliche traurige Nachrichten kommen aus anderen Gegenden, so aus Oberschlesien. Je länger der Volksthrig dauert, desto schlimmer wird es werden. Sobald das Uebereinkommen mit der russischen Regierung hergestellt ist, sollte man zunächst den alten Zustand zwischen Rußland und Deutschland wiederherstellen. Damit wäre den Verhältnissen wenigstens die äußerste Schärfe genommen. Dann muß aber bald die Entscheidung über den russischen Handelsvertrag kommen. Die Herren von der Rechten werden gar nicht im Stande sein, ihren Widerspruch gegen diesen Handelsvertrag aufrechtzuerhalten. Es muß biegen oder brechen. (Zustimmung links.) Das Daniederliegen des Bauhandwerks ist begreiflich bei der Verschlechterung des Realcredits. Um so mehr wird man sich hüten müssen, den Kredit zu verschlechtern, wie man es im Herrenhause geplant hat. Herr v. Mantuffel hat dabei ohne weiteres eine partielle Vermögenskonfiskation der Hypothekengläubiger verlangt, wozu sich noch nicht einmal die einflußlosen Sozialdemokraten aufgeschwungen haben. Ich bedauere, daß die Minister sich nicht entschieden ablehnend gegenüber einer solchen Zumuthung verhalten haben. Sie nebelhafter ihre Antworten waren, um so mehr geben sie Veranlassung zu Beschränkungen im Publikum, die nur zur Verschlechterung des Realcredits führen können. Der Reichsbank-Präsident Koch hat das Festhalten an einer soliden Goldwährung als notwendig bezeichnet; um so bedauerlicher ist die Erklärung des Ministers, die, wenn sie auch nicht so ausgelegt werden muß, so doch so ausgelegt werden kann, als ob die Regierung ihren Standpunkt verändert habe. Die Regierung sollte sich hüten, durch solche Dinge auf eine weitere Verschlechterung der Verhältnisse hinzuwirken. (Zuruf des Abg. Kropatschek: Das war eine Nothstandsrede.)

Abg. Bedel: Es ist weder Riedrecht noch uns Anderen je eingefallen, den heutigen Staat oder das Reich für die sozialen Verhältnisse, wie sie bestehen, verantwortlich zu machen. Wir haben umgekehrt Staat und Reich als notwendigen politischen Ausdruck, als Produkt bestimmter ökonomischer Verhältnisse hingestellt. Wir meinen auch nicht, daß Staat und Reich im Handumdrehen den Nothstand aus der Welt schaffen können, wohl aber, daß sie als große Arbeitgeber darauf hinwirken könnten, so viel in ihren Kräften steht, den Nothstand zu beseitigen. Der Staatssekretär will nur einen partiellen Nothstand zugeben, daß er sich aber gemüßigt sah, bei den einzelnen Regierungen in der Eile Erhebungen vornehmen zu lassen, beweist doch, daß er dem Nothstand in diesem Jahre eine größere Bedeutung beilegt, als im vorigen. Im vorigen Jahre hätte man sich lediglich auf den Bericht der sächsischen Fabrikinspektoren, welcher nachweisen sollte, daß von einem besonderen Nothstand in Deutschland keine Rede sein könne. Heute konnte der Staatssekretär sich auf diesen Bericht nicht stützen, denn der Bericht pro

1892 deckt sich vollkommen mit unseren vorjährigen Ausführungen. Ich bin überzeugt, daß der Bericht pro 1893 zu ähnlichen Resultaten kommen wird. Es ist mir überhaupt unbegreiflich, wie man angesichts der verschärftesten Kundgebungen nur von einem partiellen Nothstand reden kann. Lesen Sie den finanziellen Wochenbericht der „Vossischen Zeitung“ vom gestrigen Tage. Dieses Blatt macht nicht schwarz in schwarz, es hat ja auch das allerhöchste Interesse als Blatt der Berliner Bourgeoisie daran, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß nicht allzu düstere Schilderungen über die gegenwärtigen sozialen Verhältnisse in die Oeffentlichkeit dringen. Es brist in dem Bericht, noch immer sehen wir nichts von dem angeblichen Aufschwunge der Industrie, man zehrt einwärts nur von Hoffnungen. Kechnlich lauten die Handelskammer-Berichte aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands. Die industriellen Unternehmungen weisen einen so niedrigen Kurstzettelstand auf, wie seit Jahren nicht. Darunter müssen natürlich die Löhne leiden. Der Staatssekretär besief sich zwar zum Beweise des guten Geschäftsganges auf die Juderindustrie, aber er weiß doch so gut wie ich, daß wir mitten in der Kampagne stehen, auch ein gewisser Aufschwung der Kohlenindustrie ist mitten im Winter nicht anfallend. Die Textilindustrie aber leidet mit verschwindenden Ausnahmen unter der allgemeinen Arbeitslosigkeit. Die Kohlenindustrie schränkt die Produktion künstlich ein; die Aktionäre machen gute Geschäfte, aber auf Kosten der Arbeiter. Die Syndikate haben immer eine Reserve-Armee von Arbeitern auf dem Pflaster und können bei dem Verlangen nach Arbeit die Löhne behändig nach unten drücken und die Preise der Produkte in der Höhe erhalten. Wir verlangen vom Reich, daß es die ihm zu Gebote stehenden gesetzgeberischen Möglichkeiten auch wirklich zum Wohle der Arbeiter ausnützt. Drei Jahre sind verfloßen und noch immer ist die Sonntagstrube für die industriellen Arbeiter nicht ausgeführt. Die Herren sind sehr eifrig dabei, jedem Nothschrei der Arbeiter sofort Gehör zu schenken. Es ist noch immer keine Aussicht vorhanden, daß diese lumpige Sozialreform durchgeführt wird. Herr v. Bötticher und die Reichsregierung kann eigentlich einen Nothstand nicht zugeben, denn wie könnten sie es sonst verantworten angesichts eines allgemeinen Nothstandes mit neuen Steuervorlagen zu kommen? Unbestreitbar werden die neuen Steuervorlagen, die Tabak- und Weinsteuer die Nothlage in Industrie und Landwirtschaft in hohem Grade steigern, wenn sie nach dem Vorschlage der Regierung verwirklicht werden; sie werden Zehntausende von Arbeitern, die heute noch nothdürftige Arbeit und Verdienst haben, auf's Pflaster werfen. Auch aus diesem Grunde begreife ich die Schönmalerei, wie man sie am Regierungstische durchzuführen sucht. Reich und Staat sind heute die größten Arbeitgeber, sie beschäftigen mehrere Millionen Arbeiter. Eine Regelung der Arbeitszeit innerhalb dieser Reichs- und Staatsbetriebe resp. Verwaltungen muß notwendig förderlich oder schädigend wirken auf die gesammten industriellen Verhältnisse, je nachdem sie vorgenommen wird. Herr Miquel hat bei der Einbringung des Etats im preussischen Abgeordnetenhaus von einer Besserung der Staatsfinanzen Mitteilung gemacht insofern, als die Staatseisenbahnen 20 Millionen Mehrerbeschuss gegen den Anschlag ausweisen und zwar behänden diese aus 17 Millionen Mehreinnahmen und 13 Millionen Ersparnissen. Diese 13 Millionen kommen zum allergrößten Theil auf gedrückte Löhne und entlassene Arbeiter! Derselbe Staat, der die Sozialreform auf seine Fahne geschrieben hat, der die Staatsbetriebe zu Musteranstalten umschaffen wollte, sieht heute an der Spitze der Lohnrückerer; Herr Minister Zielen hat alles angeboten, um in dem ausgedehnten Bereich seiner Verwaltung die Löhne nach Möglichkeit herabzusetzen; er hat am 2. März 1893 im Abgeordnetenhaus erklärt, es ginge nicht, daß der Staat bessere Löhne zahle als die Privatindustrie, der Staat müsse sich nach den allgemeinen Lohnsätzen der Privatindustrie richten, er habe seine Beamten zwar nicht angewiesen, die Löhne zu drücken, aber sie darauf aufmerksam gemacht, die Lohnsätze der Privatindustrie zu studieren und danach die staatlichen zu regulieren — d. h. herabzusetzen. In den Eisenbahn-Werkstätten zu Liegnitz wurden bald darauf thatsächlich alle Löhne reduziert. Ferner wurde daneben eine erhebliche Anzahl von Arbeitern entlassen und die Zurückgebliebenen wurden gezwungen, die Arbeitsleistung der Abgelassenen mit zu übernehmen, wie das namentlich auf den Bahnhöfen und Güterböden eintrat. Wenn solche Maximen allüberall in Reich und Staat beobachtet werden, müssen sie selbstredend den Nothstand weiter steigern. Die 13 Millionen sind erspart worden an Beamtengehältern, an Arbeitslohn! Was bedeutet diese Summe für die Arbeiterklasse für einen Rückfall! Welcher Schaden auch für die Kleingewerbe, für die Nahrungsmittel- und Verkehrsindustrie! Wenn Sie für die kleinen Gewerbetreibenden etwas thun wollen, so müßten Sie zuerst dafür sorgen, daß die staatlich angestellten Arbeiter gut bezahlt werden, denn wenn eine Klasse unserer Industriellen durch gutgelohnte Arbeiter Vortheil und Gewinn hat, dann sind es die Kleingewerbetreibenden, die Fleischer, Bäcker, Schuhmacher, Schneider, Wirthe. Hier aber wird jeder Gesichtspunkt gänzlich außer Acht gelassen, hier ist nichts als Fiskalität, gleichviel ob und welche Nothlage der Arbeiter vorhanden ist. Die Minister schließen die Augen, sie haben keine andere Ordre, als so stark als möglich auf die Löhne zu drücken, damit möglichst hohe Staatsüberschüsse erzielt werden. Nach Zehntausenden zählen die Postverwaltung, die Marine- und Militärverwaltung, die Bergwerk- und Forstbetriebe ihre Arbeiter; welchen riesenhaften Einfluß kann die Verwaltung von den Staatsbetrieben aus auf die gesammten Industrieverhältnisse ausüben, wenn sie verständige Reformen einleitet. So lange der Staat aber als Lohnrückerer mit schlechtem Beispiel vorgeht, ist nichts zu hoffen. Nicht nur aber verlangen wir, daß Staat und Reich zu den anständigen Arbeitgebern gehören, sie sollen auch Maßregeln treffen, nach Möglichkeit mehr Arbeiter als bisher zu beschäftigen, und das ist möglich durch Abkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit. Eine Herabsetzung der Arbeitszeit von 10 oder 11 Stunden auf 8 würde durch die Steigerung der Nachfrage nach Arbeitern sofort die Verhältnisse wesentlich verbessern. In England wurde im März 1893 von dem konservativen Vorst ein Antrag eingebracht, wonach in den Staatsbetrieben Niemand beschäftigt werden solle für einen Lohn, der nicht zum ordentlichen Lebensunterhalt hinreicht, Arbeitszeit und sonstige Arbeitsbedingungen sollten derart sein, daß sie den Privatunternehmern zum Muster dienen können. Der Antrag wurde vom Parlament einstimmig angenommen und anlässlich seiner Beratung erklärte der Kriegsminister Campbell-Bannerman, er stelle sich vollkommen auf das Prinzip des Antrages, welches auch noch auf andere staatliche Unternehmungen ausgedehnt werden müsse. Vor einigen Jahren noch, erklärte der Minister, würde man es für genügend gehalten haben, wenn er gesagt hätte: Zu dem Lohn, den wir geben, bekommen wir Leute genug. Die Meinungen haben sich geändert; ich für meinen Theil glaube, daß Hungerlöhne nur Hungerarbeit zur Folge haben; es liegt hier gar keine Frage der Wohlthätigkeit oder der Menschlichkeit, sondern einfach der Geschäftslugheit vor (Hört, hört! links). Die Folge ist, daß in den gesammten Staatsbetrieben Englands trotz der allgemeinen Nothlage nicht bloß eine allgemeine Lohnerhöhung, sondern auch allgemein die achtstündige Arbeitszeit eingetreten ist (Hört, hört! links). Das Interessanteste für mich ist dabei, daß am 10. Januar die „Kreuz-Zeitung“ einen Bericht ihres englischen Korrespondenten über die Sache brachte, der mit den Worten schließt, man habe auf Drängen der Sozialdemokraten den achtstündigen Werltag zugestanden, diese Maßregel werde ohne Zweifel Handel und Wandel heben und England auf den Weg des Heiles führen (Große Heiterkeit und Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wenn doch die konservative Partei hier einmal diese Bahnen beschreiten und Hand in Hand mit uns für den achtstündigen Arbeitstag eintreten wollte! Aber das gilt ihnen nur für das Ausland, für das Inland sagen Sie: Ja, Bauer, das ist ganz was anders! Wir wissen auch warum, Sie fürchten mit einem gewissen Recht, daß Ihnen dann noch mehr Arbeiter vom Lande weglaufen.

Auch in der Berliner Stadterordneten-Versammlung haben wir eigenhümliche Anschauungen gehört. Stadt-Rath Dobrecht sagte: Man muß sich hüten, den Nothstand öffentlich anzuerkennen (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten), weil dadurch nur die Arbeitslosen und die Begehrlichkeit gesteigert wird. Aus der Statistik der Berufsvereinigungen folgert der Staatssekretär, daß sich die materiellen Verhältnisse der Arbeiter nicht verschlechtert haben. Wir können nicht kontrollieren, wie diese Statistiken aufgestellt sind. Zunächst fragt es sich, ob die Grundsätze dafür 1896 und 1892 dieselben gewesen sind. Es ist geradezu undenkbar, daß die durchschnittliche Lohnhöhe 1892 nahezu um 100 M. höher war als 1896. Aber ich könnte mir auch diese Veränderung erklären. Das Jahr 1892 war bereits ein großes Nothjahr. Bei Arbeiterentlassungen werden zuerst die niedrig gelohnten, die ungelerneten Arbeiter entlassen, die gelerntten Arbeiter, die schwerer wiederzubekommen sind, und die Vorarbeiter werden behalten, und dann steigt natürlich der Durchschnitt des Arbeitslohnes. Auch von der Sterbegelder-Statistik gilt dasselbe. Dazu kommt in Frage, wie sich die Sterblichkeitsverhältnisse in den verschiedenen Jahren gestaltet haben. Alle Thatsachen, die beweisen, daß 1892 ein außerordentlich ungünstiges Industriejahr war, sprechen nicht dafür, daß die materiellen Verhältnisse der Arbeiter günstiger waren. Die Industriellen selbst schreien am lautesten, lauter als die Arbeiter. In einzelnen Gegenden und einzelnen Industriezweigen soll Arbeitermangel gewesen sein. Ja, zu welchen Zeiten, in welcher Industrie, wie groß war die Zahl? Man kann doch nicht jeden Arbeiter in jedem beliebigen Industriezweig gebrauchen, wenn er nicht die nöthigen Fähigkeiten oder körperlichen Kräfte hat. Zum Schneeschippen soll man nicht genug Leute haben aufstreiben können. Ja, Schneeschippen in kalter Jahreszeit ist keine leichte Arbeit (Sachen rechts), die Leute müssen warme Kleidung anziehen haben, müssen die nöthige Nahrung zu sich genommen haben. Viele wollen sich nicht von ihren Bekannten als Schneeschipper sehen lassen. Sie lachen freilich darüber, weil Sie keine Ahnung von den Umständen haben. Eine Menge Umstände läßt es begreiflich erscheinen, daß in solchen Fällen nicht genügend Arbeitskräfte sich finden, obwohl die Zahl der Arbeitslosen weit größer ist. Könnte man den Leuten bei ihrer bisherigen Beschäftigung Arbeit geben, ständen die Dinge anders. Das Reich muß hier mit Maßregeln vorangehen, damit Tausende und Abertausende von der Strafe wegkommen. Der Staatssekretär erkennt selbst an, daß die Zahl derer, die nicht arbeiten wollen, verhältnismäßig gering ist. Das muß auch ich zur Ehre unserer Arbeiterschaft sagen. Aber ich kann mir auch erklären, wie diese Leute unter dem monatelangen traurigen Zustande moralisch und physisch so degenerirt sind, daß sie verbummelte und verkommene Subjekte werden mußten. Wenn Sie viele Monate lang ohne Erfrischungsmittel auf die Strafe geworfen würden und wegen Ihres verkommenen Neudern von jeder Thür abgewiesen würden, wie würde es dann mit Ihrem hohen moralischen Gefühl aussehen! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es ist leicht, über verkommene Menschen zu raisonnieren, Sie vergessen, daß all das Lumpenthum das Produkt der Verhältnisse ist, die Sie verteidigen, die Sie herbeigeführt haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Landwirtschaft kann im Winter nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl von Arbeitern gebrauchen. Daran gehen Sie (rechts) und namentlich der Satifundienbesitz zu grunde, daß Sie eine große Zahl von Arbeitern nur in den wenigen Erntemonaten beschäftigen können. Daher gehen die Arbeiter in die Städte. (Widerstand rechts. Zuruf: Forten!) Auch im Fort ist soviel Arbeit nicht vorhanden. (Widerstand rechts. Abgeordneter Kropatschek: Davon versteht er ja nicht, er versteht ja bloß die Industrie!) Und dann kommt es vor allen Dingen darauf an, was Sie den Leuten gewähren. Herr von Mantuffel sprach von verhungerten Landwirthen. Wir sprechen nur von hungrigen Arbeitern, von verhungerten ist nicht die Rede, obwohl die Zahl dieser sicherlich größer ist, als die der verhungerten Landwirthe. Das Landwirth verhungert nicht, ist bis jetzt noch nicht bewiesen und wird nicht bewiesen werden. Die Behandlung, die den Arbeitern im Osten zu Theil wird, erklärt zur Genüge, warum die ländlichen Arbeiter keine Reueigung haben, in diesem östlichen Eldorado sich länger als nöthig aufzuhalten. Das aber Leute, die Jahre lang diesen Arbeiten entfremdet sind, auch Ihnen das nicht leisten können, was Sie beanspruchen müssen, liegt wohl auf der Hand. Aber was steht denn dem im Wege, das, wenn in der That, wie Herr von Bötticher behauptete, Arbeit in Hülle und Fülle vorhanden ist, endlich einmal mit einem Arbeitsnachweis von Reichs wegen vorgegangen wird. Das ist doch der leichteste Weg, um Arbeitskräfte dorthin zu dirigieren, wo Nachfrage vorhanden ist. Wie können Sie einen Mann, der früher einmal im Osten gearbeitet hat, dann in Mittel- oder Westdeutschland in der Industrie thätig gewesen ist, zumuthen, nun völlig mittellos die weite Reife nach dem Osten anzutreten und dort vielleicht doch keine Arbeit zu finden. Schon vor Jahren haben wir die staatliche Organisation eines Arbeitsnachweises gefordert, sie ist aber an Ihrem Widerspruch gescheitert. Aber bei allen Gelegenheiten zeigen Sie, daß Sie nicht einmal bereit sind, mit leichter Mühe die Uebelstände zu heilen, die in der heutigen Gesellschaft ihren Grund haben. Für die Arbeiter, sie mögen noch so elend sein, tritt man nicht ein, aber wenn die herrschenden Klassen den Nothstand für sich reklamieren, dann herrscht auf allen Seiten Bereitwilligkeit zu helfen. Als ein weiteres Zeichen der allgemeinen Verschlechterung der materiellen Lebensverhältnisse betrachte ich z. B. auch den Umstand, daß der Getreidekonsum auf den Kopf der Bevölkerung seit den letzten 15 Jahren in Abnahme begriffen ist. 1881/82 betrug er 230 Kg., 83/84 184, 88/89 154, 91/92 151 Kg. Das sind Thatsachen, die zum Nachdenken auffordern sollten. Die große Masse lebt heute viel schlechter als vor 15 Jahren. Auch der Fleischkonsum pro Kopf geht zurück. In Berlin betrug der Konsum 1888: 180 Pfd., 1889: 170, 1890: 147, 1891: 140,6 Pfd.; in München 1889: 180, 1890: 162,72, 1891: 158,44 Pfd.; in Leipzig 1890: 108,14, 1891: 98,28, 1892: 95,12 Pfd., und in Nürnberg 1890: 132,1, 1891: 127,2, 1892: 120,3 Pfd. Das sind Zahlen aus verschiedenen Gegenden Deutschlands. Der Konsum von Pferdefleisch und Hundefleisch hat in den letzten Jahren bedeutend zugenommen. Freiherr von Stumm meinte, die Gründe, die wir hier vordrängen, seien immer ein und dieselben. Dasselbe kann ich auch ihm vorhalten. Nur eine wunderbare Frage hat er heute zum ersten Male gestellt, freilich war sie außerordentlich naiv, ob wir ihm einen einzigen Arbeiter zeigen könnten, der durch die Sozialdemokratie reich geworden wäre. Abg. v. Stumm liebt es, bei allen Gelegenheiten sich mit der Kenntniß der sozialdemokratischen Literatur zu rühmen. Wir scheinen, daß er noch sehr wenig Verständnis für diese bekommen hat, sonst hätte er eine solche Frage unmöglich stellen können. Wir wollen keinen einzelnen Arbeiter reich machen, wir wollen die soziale Lage der gesammten Arbeiterklasse und der ganzen Menschheit bessern. Herr v. Stumm muß sich heute in großer Verlegenheit befinden haben, sonst hätte er sich ganz unmöglich auf Mittelungen beziehen können, die im vorigen Jahre bei der Wahl-agitation durch die Presse gingen, und auf die Behauptung, daß die Sozialdemokratie alljährlich immense Einnahmen habe und daraus eine sehr große Zahl von Leuten sehr gut dotire. Es wird ihm sehr schwer fallen, auch nur einen reichen Mann in unserer Partei ausfindig zu machen. (Zuruf rechts: Singer!) Ich habe ja natürlich nicht die Erlaubnis mich hier über die Vermögensverhältnisse des Abgeordneten Singer auszulassen. Aber das kann ich sagen: Singer ist kein reicher Mann. Hätte er für die Wahlen die 10- und 100 000 M. nicht geopfert, die er geopfert hat, dann könnte man ihn reich nennen. Wo sind nun aber die anderen? Das sind also alles Uebertreibungen. Da sollen weiter die Einnahmen der sozialdemokratischen Partei jährlich 9 Millionen Mark betragen. Unsere Parteigenossen wären viel zu misstrauisch, wenn wir ihnen nicht öffentlich eine so gründliche und ausführliche Abrechnung gäben, wie sie kaum

hier im Reichstage stattfindet. Nicht einmal 900 000 M. betragen die Einnahmen. Wie sollen die nun verpulvert werden? 900 000 M. sollen allein die Gehälter der Redakteure betragen. Wenn jemals eine freche Lüge in die Welt gesetzt ist, so ist dies eine. Nicht ein einziger Redakteur bezieht 10 000 M. Der erste Redakteur des „Vorwärts“ bekommt nur den 4. Theil dessen, was der erste Redakteur der „Kreuzzeitung“ bekommt. In der ganzen deutschen Sozialdemokratie giebt es keine drei Leute, die 5000 M. jährlich haben, und wir sollen 900 solcher haben! Ferner sollen 500 zu Wanderpredigern und Abgeordneten ausgebildet werden, die jährlich 3000 M. beziehen. Eine größere Lügenhaftigkeit, wie in diesem Henschengemmel dem deutschen Publikum geboten ist, ist noch nicht dagewesen. Unsere Redakteure wären sehr froh, wenn sie jährlich 3000 M. hätten, statt 600 giebt es deren jedoch nur 5. 2 Millionen sollen in lauter derartigen Gehältern verpulvert sein! Ja, glauben Sie denn, daß die deutsche Arbeiterklasse eine solche Geschäftsführung dulden würde? Die Debatten auf dem Berliner Arbeitertag sollten Sie doch eines Besseren belehrt haben. Wie heute ein Mann von der Intelligenz und der Kenntnis wie Herr v. Stumm hierauf verfallen kann, hat mich übertraf. Durch Verwerfung der Militärvorlage sollen wir den Nothstand und die Arbeitslosigkeit vergrößert haben. Also je mehr Soldaten, desto mehr Wohlstand für die Nation! Dahin führt diese Theorie. Daß aber die Arme wiederum von den Arbeitern erhalten werden muß, davon spricht Freiherr von Stumm nicht. Seine Gesehung zur Rettung der kleinen Gewerbetreibenden, der Landbevölkerung u. s. w. werden wir dann unterstützen, wenn wir ernsthaft einmal werden glauben können, daß der Zweck, den Sie erreichen wollen, auch erreicht werden kann. Den Nachweis hierfür haben Sie noch nicht erbracht. Zunächst sollten Sie so rasch wie möglich Gesehungen vorlegen, wie sie jetzt wieder vorliegen, beschließen, um dem Handwerkerstand das Leben nicht noch schwerer zu machen, wie es ihm schon jetzt gemacht wird. Krisen können natürlich nicht aus der Welt geschafft werden. Schon seit dem Sommer 88 haben wir die jetzige Krise und noch ist keine Aussicht, daß sie sich heben wird, und sollten wir wieder eine Zeit der Prosperität bekommen, so wird sie auch nicht lange dauern, und das ist es, woran Sie zu Grunde geben werden, das wird Sie kaputt machen. Daß solche Zustände, insolge der zunehmenden Verwollkommnung der Maschinen zu eintreten müssen, weiß Jeder, der das volkswirtschaftliche Wesen kennt. Wir mit unserer Partei werden wachsen, Sie aber, Freiherr von Stumm werden mit ihrer Partei immer kleiner werden. Es kann sich nur noch darum handeln, wann der große Kladderadatsch kommt, er wird viel früher kommen, als Sie es erwarten. Freiherr v. Stumm ist auch auf die Vorgänge hier in Berlin am Donnerstag zu sprechen gekommen. Wir ist nur eine Überraschung: Herr v. Stumm als einfacher Abgeordneter weiß mehr als der Staatssekretär! (Sehr richtig!) links.) Der Staatssekretär hat sich in einer großen Reserve gehalten; er hat nur gesagt: amlich ist und nichts bekannt, ergo sind keine Mißhandlungen vorgekommen. Das ist ein außerordentlich bequemes Mittel, sich aus der Affäre zu ziehen. Daß sich die Leute, welche mißhandelt sind, nicht bei der Polizei beschweren, ist ganz selbstverständlich, das hiesie den Teufel bei seiner Großmutter verklagen! (Heiterkeit.) Die ganze Sache hat den Eindruck gemacht, als ob sie von langer Hand vorbereitet ist. (Abg. Kropatschek: Die alte Geschichte!) Ja wohl, die alte Geschichte! (Abg. Kropatschek: Und immer noch nicht bewiesen!) Präsident v. Levetzow: Herr Abgeordneter, ich bitte den Redner nicht fortwährend zu unterbrechen! Soll ich Ihnen das alles wiederholen, was ich Ihnen zur Zeit der Erneuerung des Sozialistengesetzes hier vorgelesen habe und was vom Bundesratshaus nicht widerlegt werden konnte? Soll ich Sie erinnern an die Sitzung Wahlow, Schröder, Kaufmann, Friedmann und Obernieder, der jetzt hier Redakteur am „Volk“ ist. (Auf links: Parteigenosse von Kropatschek!) 1883 haben wir es erlebt, daß in einer Anarchistenkonferenz von 18 Mann, 4 königlich preussische Beamten waren, als die Mordthaten beschlossen wurden, die in Stuttgart Wien u. s. w. verübt wurden. Schröder, der der Konferenz präsierte, bezog damals schon 250 Mark Monatsgehalt vom Polizeidirektor Krüger. Wenn solche Dinge vorgekommen sind, so ist es erklärlich, daß wir außerordentlich mißtrauisch geworden sind, und wenn wir die Vorgänge der letzten Tage betrachten, so müssen wir auch heute glauben, daß sie von der Polizei provoziert sind. Einer meiner Parteifreunde hat am Donnerstag in der Pferdebahn gesehen, in welcher sich auch zwei Garde-Offiziere befanden, die sich darüber unterhielten, was heute im Friedrichshain vorgehen sollte. Der eine meinte, heute würde es etwas geben. Militär sei konspiriert. Mit einem Blick auf den bedeckten Himmel sagte der andere: Heute ist's feucht, heute wird's nicht. (Orke Heiterkeit.) (Auf rechts: Was soll das bedeuten?) Es ist eine alte bekannte Sache, daß eine Revolution nicht an einem Regentage gemacht wird. (Auf: Was wollen Sie damit beweisen?) Das soll beweisen, daß unter den Offizieren bereits bekannt war, daß irgend ein Plan bestand, die Massen zu provozieren. (Gelächter.) Man muß nur die Rede des Freiherrn v. Stumm von heute und sonst hören, um zu begreifen, was die Herren wollen. Sie wollen ein Sozialistengesetz und ärgern sich, daß die Sozialdemokratie so vernünftig ist. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Vorgänge der letzten Zeit, die Dynamitattentate in Frankreich, Italien und Spanien, in hohem Grade die bürgerliche Gesellschaft beunruhigen und das Gefühl wachrufen: wie lange wird es dauern, da haben wir in Deutschland dieselben Zustände. Sie, Freiherr v. Stumm, sprechen das aus, was die Herren dort drüben zusammen denken. Sie sind der Draufgänger (Heiterkeit). Es ist unser aller Gefühl, daß die Polizei mit Absicht provoziert hat und sie hat es gewünscht, daß die versammelten Arbeitslosen sich den Brutalitäten der Polizei gegenüber widersetzen möchten, um eine Gelegenheit zu haben, einmal ordentlich dreinzuhauen zu können, um den Eindruck hervorzuheben: Da steht Ihr, wohin die sozialdemokratische Agitation führt. Hätten die Arbeitslosen die Provokation sich nicht ruhig gefallen lassen, dann wären im Augenblick aus den verschiedenen Gebäuden und Häusern hundertweise verpackte Schulkleute gekommen und hätten mit der blanken Waffe dreingehauen. Man hätte endlich gehabt, was man sich lange gewünscht hat. In der gesamten Berliner Presse ist nicht ein einziges Organ, das behauptet hätte, daß die Arbeitslosen ihrerseits provoziert hätten. Die Polizei mag ja geglaubt haben, es möchte zu ähnlichen Affären wie im vorigen Jahre kommen, das will ich nicht bestritten, aber das war kein Grund ohne jede Veranlassung auf die Massen loszufahren und sie mit Gummischläuchen zu traktieren. Es ist mir erst heute berichtet worden, daß in großer Zahl, zum Theil in zerlumpter Kleidung die Geheimpolizisten unter die Massen gesteckt wurden, um dann auf diese zu schlagen. Nicht anders ist es in voriger Woche in Schöneberg gewesen. Dort ist eine Versammlung aufgelöst auf Grund des § 5 des preussischen Vereinsgesetzes, obgleich dieser gar keine Handhabung zur Auflösung bietet. Eine Stunde vor der Versammlung erzählte mir ein Parteigenosse, Freitag Nachmittag habe die Polizei in allen Häusern Untersuchungen angestellt und es habe ihm ein Polizist auf die Frage was er in dem Hause suche, geantwortet, wir brauchen einen Raum, um ca. 20 Mann unterzubringen, es ist etwas im Werk (hört! hört!) links.) Man sieht, das überall die Polizei ihre Maßregeln trifft, um nach Möglichkeit die Massen provozieren zu können. Sie dürfen versichert sein: die deutsche Sozialdemokratie läßt sich nicht provozieren; sie wird alles ausbieten, damit die deutsche Polizei und die deutsche Bourgeoisie keine Möglichkeit bekommt, gegen sie mit Ausnahmegeretzen vorzugehen. Wir sind uns vollkommen bewußt, wie unendlich zahlreiche Bürgerherzen Tag für Tag puppern, wenn sie die Zustände sehen, welche mit jedem Tage schlimmer werden, wie alles darauf hinausgeht die Anusfriedenheit mit jedem Tage stärker zu machen und damit die Gefahr einer Kata-

strophe näher rückt. Wir werden uns hüten, Wasser für Ihre Mühlen zu liefern. Andererseits müssen wir energisch verlangen, daß die Staatsbehörden die Gesehe innehalten, welche zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung entlassen sind, daß sie selbst diese Ruhe und Ordnung nicht fören. Das haben sie gethan, und wir verlangen deshalb, daß die höheren Staatsbehörden eine strenge und genaue Untersuchung einleiten, wie es kam, daß sich die Berliner Polizei auf die Arbeitslosen stürzte und zahlreiche Personen verwundete. Wir verlangen endlich, daß die Staatsbehörden den Nothstand zwar nicht beseitigen, aber mildern, denn wir sind so objektiv, daß wir von Ihnen nicht mehr verlangen, als Sie zu leisten vermögen. Aber was Sie zu leisten vermögen, das sollen Sie auch leisten. Wollen Sie dies nicht, die Folgen kommen auf Ihr Haupt! (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Staatssekretär v. Bötticher: Hat der Vordredner Abhilfe-mittel, dann mag er sie in Form von Anträgen bringen und dann wird das Haus darüber befinden. Bezüglich des Angriffs auf die Polizei kann ich nur erklären, daß ich den Bericht der Polizei so lange für richtig halten muß, bis mir das Gegentheil bewiesen ist. Mich können die Berichte der Presse, deren Ursprung ich nicht kenne, nicht bestimmen, die Polizei einer Verleumdung der Ordnung zu zeihen. Wenn man die Beweismittel prüft, die Geschichte von dem Gespräch zweier Offiziere in einem Omnibuswagen, die Grundungung der Polizei nach Räumen, um Schulkleute unterzubringen, lassen diese auf eine Propagation schließen. Bei den Bürgern werden Sie dafür keinen Glauben finden. Ich verwahre die Polizei dagegen, daß sie ihre Pflichten verlehrt hätte. (Beifall rechts.) Abg. Müller (nat.): Die Arbeitslosigkeit gehört zur Signatur der jetzigen Jahreszeit; namentlich stellen die Bauarbeiter ein großes Kontingent der Arbeitslosen. Was Herr Bebel über den Niedgang des Fleissh- und Getreidelohns angiebt, erkennt mir nicht recht glaubhaft. Ich weiß nicht, worauf er seine Statistik begründet; sie muß falsch sein. Mit Herrn Richter stimme ich ganz überein in Bezug auf die Frage der Arbeitslosigkeit. In gewisser Beziehung herrscht immer Arbeitslosigkeit; das wird nicht einmal durch den sozialdemokratischen Staat zu ändern sein. Daß innerhalb gewisser Grenzen ein Nothstand besteht, wird niemand bestritten, der im geschäftlichen Leben steht; aber der Nothstand besteht in viel höherem Maße bei den Unternehmern als bei den Arbeitern, trotzdem der Absatz vielleicht ein größerer gewesen ist als früher, wofür die Statistik des Post- und Frachtverkehrs spricht. Daß der Nothstand jetzt größer sein soll als im vorigen Jahre, trifft nicht zu. Aus Stuttgart wird gemeldet, daß bei Nothstandsarbeiten diesmal nur 167, im vorigen Jahre aber 890 Arbeiter beschäftigt waren. In einem Abfchluß über die Frage der Arbeitslosigkeit kann man nur durch eine gewissenhafte Statistik kommen. Was bis jetzt vorhanden ist, ist nur Stückwerk. In Mannheim haben sich über 500 Arbeitslose gemeldet, aber nur 100 haben die Arbeit angenommen; daß die Uebrigen kümmerliche Existenzen, die nicht kräftig genug zur Arbeit sind, seien sollten, kann man doch nicht annehmen, es werden Viele darunter sein, die nicht arbeiten wollen; und diesen Fausen will man ja auch im Zukunftsstaat den Brotkorb höher hängen. Daß die Lebensverhältnisse der Arbeiter sich gebessert haben, ist statistisch festgesetzt, es wird nur beklagt, daß die Wirkung dieser Steigerung auf das Land sich nicht schnell genug vollzieht, trotzdem schon jetzt die Landwirthe unter den steigenden Löhnen leiden. Weht aber mit der Lohnsteigerung nicht eine Steigerung der Arbeitsleistungen Hand in Hand, dann werden wir der Konkurrenz der Nachbarländer unterliegen. Die achtstündige Arbeitszeit ist in England eingeführt in Staatsbetrieben und gewissen Betrieben der Privatindustrie. Aber es hat sich herausgestellt, daß durch die alzu große Abkürzung der Arbeitszeit die Intensität der Arbeit zum Schaden der Arbeiter gesteigert wird. Daß England uns etwas voraus sein kann, liegt in seiner älteren industriellen Entwicklung; wir sind auf dem Wege, England baldigt zu folgen. Vor einem zu schnellen Vorgehen muß aber gewarnt werden, weil sonst die Arbeitslosigkeit in erheblichem Maße gesteigert werden könnte. Um 6 1/2 Uhr wird die weitere Verathung bis Dienstag, 1 Uhr, vertagt.

Lokales.

Sie leben noch! Eine große öffentliche Protestversammlung gegen die jüngsten Ausschreitungen der Berliner Polizei am Friedrichshain ist zum nächsten Mittwoch nach Hensel's Saal, Invalidenstr. 1, einberufen worden. Ja, aber von wem denn? Stimme, Berlin, ob der aussässigen Gewalt, die die glorreichen Thaten des 18. Januar auch bei polizeifremden Naturen geweckt haben. Diese Protestversammlung wird einberufen nicht von Sozialdemokraten, sondern von Leuten, die noch nicht den Glauben an die Gerechtigkeit in der Welt verloren haben. Der deutschfreisinnige Arbeiterverein Berlins rafft sich auf seiner weichenblauen Verborgeneit und redendhaft emporgehobenen Hauptes kündigt er an, daß in der besagten großen Protestversammlung Abgeordnete und andere hervorragende Redner der freisinnigen Volkspartei das Wort nehmen und im übrigen Mitglieder aller Parteien Zutritt haben werden. Woher dieser Ruch? Wir glauben nicht fehlzugehen in der Annahme, daß es der Wagemuth der Veranlassung ist, der die freisinnigen Volkspartei so unangelegentlichem Taten treibt. Weiter kann es mit ihnen nicht herantreten, also schnell die lahmen Beine erheben und den Volkstrüben herausgeleitet! Die Sache liegt insofern ja auch höchst günstig, als wirklich ernsthaft Zusammenstoß mit der Regierung ja vorausichtlich ausgeschlossen sind. Denn mit der Ausführung der bedauerlichen Thatfache, daß die Landratskammer am Dönhofsplatz der Freisinnigen nicht genug zählte, um die zu einer Interpellation wegen der Polizei-Aktade nöthigen Stimmen zusammen zu bringen, werden die braven Helden sich jedenfalls jedes Versuches, den Minister des Innern vor die Schranken zu fordern, von vornherein enthalten. Wieder eine Volkversammlung, vor der man nicht zu fürchten braucht, daß man an seiner Reputation leide, wenn man sich zu einer „Aktion“ antrafft. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg, und wäre es den Freisinnigen ernsthaft darum zu thun, dem System auf die Finger zu klopfen, sie könnten schon im Abgeordnetenhaus Mittel und Wege finden. Freisinn und Freisinn sind aber Begriffe, die sich beden-wenigstens im Polizeistaat Preußen. Arbeiter-Bildungsschule. In der Eldorf-Schule fällt am Dienstag Abend der Unterricht in der Mathematik aus. Als Schacher bezeichnete vor einiger Zeit Genosse Singer in der Stadtverordneten-Versammlung das Gebahren der Stadt Berlin bezüglich der Gaspreise. Auch in Bezug auf die Wasserpreise kann man schwerlich ein anderes Wort finden, wenn man bedenkt, daß die Stadt sich den Kubikmeter mit durchschnittlich 20 Pf. bezahlen läßt, während sie die Selbstkosten zu 10-11 Pf. angiebt. Hier hat die Stadt übrigens noch, genau wie beim Gas, den Preis des im öffentlichen Interesse verbrauchten Wassers zu den Herstellungskosten geschlagen; thut man das nicht, so ergiebt sich bei einer Einnahme von 6 1/2 bis 7 Millionen Mark der ungeheure Reingewinn von 4 Millionen Mark. Für die angeschlossenen Häuser stellt sich das Verhältnis im Durchschnitt: Einnahme der Stadt für Wasser 301 M. Ausgabe 182 M. Also ein wucherischer Gewinn von 119 M. oder 128 pCt.

Wesepmakt wurden beim vorgestrigen Krönungs- und Ordensfeste drei der auserlesenen Führer des Berliner Freisinn. Es sind dies die Herren Oberbürgermeister Jelle, Stadtbaurath Sobrecht und Herr Alexander Meyer, der berühmte Eier-Meyer. Ihre bewundernd und neidisch zugleich zu ihnen emporblickenden Parteigenossen gerbrechen sich die Köpfe darüber, ob eine sanfte Haltung in der Entente-Frage oder die scharfe Haltung bei den Nothstands-Verhandlungen eher zu so hohem Gluck verhelte. Hoffentlich hilft beides zum fröhlichen Gedeihen und hehnlich blicken auch wir auf die Zeit, wo je der brave Freisinnsmann in der Stadtverordneten-Versammlung das mangelnde Licht in seinem Kerne durch die strahlenden Sterne an seiner zottigen Mannesbrust erseht findet. Hallelujah!

Der Mann mußte es ja besser wissen! Zu der Thätigkeit der Telegraphenbeamten als Depeschensoren sei noch angeführt, daß ein solcher Mann die auf die Schreckensaffäre vom Donnerstag bezüglichen Telegramme eines hiesigen Depeschensbüreaus mit dem Bemerkten beanstandete, es herrsche in Berlin keine Aufregung über die denkwürdige That des 18. Januar! Ob der brave Beamte seine Informationen aus amtlicher Quelle geschöpft hat?

Im Fiskus Schumann gelangte seit einigen Tagen vor stets vollbesetztem Hause „Die Fuchsjagd à la Bolton“, welche aus zwei Abtheilungen, dem Rendezvous-Platz im Busch und der eigentlichen Jagd besteht und welche ein höchst interessantes, mit komischen Intermezzen verbundenes Jagdbild ist, mit neuer Ausstattung zur Ausführung. Die Jagd, in welcher sich Adolf Schumann als Fuchs auf seinem phänomenalen Springpferd „Winglett“ besonders auszeichnet, wird in allen ihren Evolutionen von allen dabei beteiligten Reitern und Reiterinnen schnell zur Ausführung gebracht. Mit laun gläublicher Sicherheit nehmen die dabei beteiligten Springpferde die ihnen dargebotenen Hindernisse, wie Federn u. s. w. — Der Mazurka à la Position, von dem Balletmeister Wiesel nach der beliebten Melodie aus dem Ballet „Excelsior“ arrangirt, verlangte bei seiner Schwierigkeit nicht allein eine große Aufmerksamkeit, sondern vor Allem auch eine vollendete Technik der Tanzenden und wurde tadellos ausgeführt. Wenn man in der Nummer von der Jagd Little Freed in der Vorführung seiner so vorzüglich eigenartigen Dressur seiner Hunde, Schweine und Esel bewundert, so soll man nicht glauben, daß der schmuße, galante Oberförster, der die anmuthige Gastwirthstochter (Frl. Wolf) nimmt, Little Freed ist. Olschanski karrierte den dummen, bestechlichen Hausknecht ganz vortreflich. In der Vorstellung, die wir besuchten, wurde nach Schluß der Jagd Direktor Schumann stürmisch gerufen und ihm beim Erscheinen in der Manege lauter Beifall zu Theil. Mit der Jagd, die ein Zugthier bilden wird, hat Direktor Schumann einen glücklichen Griff gethan und dürfte ohne Zweifel stets ein volles Haus haben.

Eine sogenannte Razzia, welche die Polizei Freitag Abend in der Oranienstraße veranstaltete, erregte berechtigtes Aufsehen. Um 6 Uhr erschienen in dem Lokal Oranienstraße 108 unter Führung eines Leutenants mehrere Polizeibeamte und untersuchten, nachdem sie die Ausgänge versperrt, die im Lokal befindlichen Gäste auf ihre Personal-Legitimationen hin. Die als verächtlich erklärten wurden in Trupps von ca. 20 Mann an der harten Bedeckung nach der Wache in der Alexandrinenstraße eskortiert. — Die Polizei mag vielleicht die Prüfung der Legitimation rechtfertigen, aber sollte sich das nicht anders bewerkstelligen lassen, als daß sie die armen Teufel durch Schulkleute rechts und links flankirt durch die Straßen transportiren läßt?

Ueber den Selbstmord eines Kindes geht uns wiederum ein Bericht zu. Sonntag Morgen gegen 7 Uhr rannte ein Kind durch die Regentenstraße und stürzte sich dann kopfüber in den Landwehrkanal. Das Wasser wurde sofort abgeseigt und es gelang auch, die Leiche des Kindes zu landen. In ihr ist die 15 Jahre alte Tochter Anna der Schwerinstr. 15 wohnenden Arbeiter Volkram'schen Eheleute erkannt worden. Das Mädchen hatte die Nacht in der elterlichen Wohnung zugebracht, war aber frühzeitig aufgefunden und hat, ohne daß eine äußerliche Veranlassung an ihm bemerkt worden wäre, den Sprung in das Wasser gemacht. Ueber die Veranlassung dazu soll den Eltern jede Erklärung fehlen.

Ward? Gestern (Montag) Nachmittag um 5 1/2 Uhr kam der Maschinenschlosser Einmeyer auf das Bureau des 7. Polizeireviers mit der Meldung, daß in der Vorfigstraße 81 vier Treppen hoch belegene Wohnung seiner Schwägerin, der unverehelichten Schneiderin Kobagen, eine Prostituirte in ihrem Bette ermordet aufgefunden sei. Der Polizeileutnant Henne die begab sich sofort an Ort und Stelle und ermittelte den folgenden Thatbestand. Vor etwa 4 Tagen zog ein Mädchen zu der Kobagen, das sich Anna Winkler nannte und Dresdenerstraße 104 gewohnt haben wollte. Anna Winkler gab an, daß sie unter Aufsicht der Sittenpolizei stehe und mietete ein Zimmer mit besonderem Eingange vom Treppensflure aus. Dies Zimmer hat zwei Fenster nach der Straße zu; an der linken Längswand steht das Bett mit dem Kopfe am Fenster. Hier lag die Winkler halb angekleidet mit halb geöffnetem Schnürleib als Leiche. Der Kopf befand sich am Fußende der Bettstelle und war mit einem Kissen zugebedt. Eine Freundin von der Ermordeten, die unverehelichte Günther, ist mit ihr auf den Straßen auf und abgegangen und hat dann bemerkt, daß die Winkler mit einem ziemlich stark beseibten Herrn, der den linken Fuß etwas nachschleppte, einen hellblonden Schurkbarb hatte, einen goldenen Kneifer trug und an der linken Wange eine Warze oder einen Leberfleck hatte, nach Hause gegangen sei. Die Günther hat auch beide Personen vor dem Hause Vorfigstraße 81 getroffen, wo der Unbekannte auch sie gebeten hat, in seiner Gesellschaft zu bleiben. Die Günther hat sich dann aber von Beiden getrennt. An der Leiche sind bis jetzt Verwundungen, die auf einen gewaltsamen Tod schließen lassen, nicht wahrgenommen worden; andererseits scheint das über die Leiche gedachte Kissen auf einen Gewaltakt schließen zu lassen. Die ganze Sachlage ist noch etwas verworren und läßt ein auch nur annähernd klares Urtheil noch nicht zu.

Die Musterpatrioten, die die Schloßwache regelmäßig in Ballonmähen oder auch Cylinderuniform begleiten, gaben am Sonntag Mittag bedenkliche Anzeichen einer Fronde zu erkennen. Als ein Schuhmann an der Ecke der Wilhelmstraße und der Straße Unter den Linden dem ausziehenden Militär Platz machen wollte, wurde seine Antwort mit einem Kadu beantwortet, der fast an den Rücken der nachziehenden Agrarier in der Volkversammlung erinnerte. Der Schuhmann verfuhr aber weniger glimpflich mit den Patrioten zu Fuß, als man mit den größenden Champagner-Untern verfahren war, und verhasste zwei der hauptsächlichsten Stambalmacher.

In schrecklich verthümelter Zustände wurde am Sonntag früh bei der Station Großbeeren ein Eisenbahnbeamter durch den Maschinensführer des Güterzuges 507 auf dem Geleise aufgefunden. Bei näherem Nachsehen ergab sich, daß dem Unglücklichen, der bereits todt war, beide Beine vom Körper getrennt waren. Durch drahlische Anträge auf dem Güterbahnhof in Tempelhof wurde festgestellt, daß der Bremser G., der den Güterzug 502 begleitet hatte, vermißt wurde. Er muß etwa um 1 1/4 Uhr Nachts von dem Zuge, auf dem er saß, heruntergefallen und überfahren worden sein. Ob er eingeschlagen war oder aus einer anderen Veranlassung herabgestürzt ist, hat sich bisher nicht feststellen lassen.

Ein von dem Polizei-Sekretär a. D. Mündel verübter Ueberfall auf eine Dame fand vor einigen Tagen vor dem Schöffengericht des Landgerichts I in einer Anklage wegen Körperverletzung seinen Abschluß. Am Abend des 11. November v. J.

überfiel der Angestellte in einem dunklen Theil der Elbingerstraße eine Dame und schlug sie mit einem Spazierstock derart über den Kopf, daß sie eine blutende Wunde am Auge davon trug. Die Dame flüchtete in ein in der Nähe des Tharotes belegenes Geschäftslokal, wo ihr die erste Hilfe zu Theil wurde. Trotz seines Penquens wurde der Angestellte in der betr. Verhandlung für überführt erachtet und zu 150 M. Geldstrafe verurtheilt.

Ein Mordprozeß, dem ein Sachverhalt zu Grunde liegt, ähnlich den düstern Bildern, die Zola in seinem bekannten Roman „Mutter Erde“ entwirft, wurde am Donnerstag und Freitag vor dem Schwurgericht zu Breslau verhandelt. Der Stellensbesitzer Wilhelm Köhler aus Komolniz hatte mit seiner Ehefrau die ihm lästige Leibdingerin Schmidt, eine 77jährige Wittwe, zu vergiften versucht und schließlich erwürgt. Köhler wurde zum Tode und zu einer zehnjährigen Zuchthausstrafe verurtheilt, seine Frau erhielt sechs Jahre Zuchthaus. Die mitangeklagte hochbetagte Mutter der Angeklagten wurde freigesprochen.

Das elektrische Licht verlöschte am Sonnabend Abend im Museum für Völkertunde plötzlich, während die Anthropologische

Gesellschaft in diesem Gebäude eine Sitzung hielt. Verursacht wurde dies Malheur dadurch, daß der Treibriemen der Maschine riß.

Herr Brandenburg, Albertstraße 10 theilt uns zu dem kürzlich gemeldeten Selbstmorde des Kohlenhändlers Wagner mit, daß die Tochter des Verstorbenen nicht die Ursache zu dem Selbstmorde gegeben habe. Gründe für die That seien nicht vorhanden gewesen.

Polizeibericht. Am 19. d. M. Abends wurde ein Arbeiter beim Verlassen eines Schanklokals in der Gartenstraße von drei unbekannt Personen überfallen und derartig geschlagen, daß er mit schweren Verletzungen, insbesondere am Kopfe, nach der Klinik im Ziegelstraße gebracht wurde. — Am 20. d. M. früh wurde im Biergarten, auf einer Bank in der Nähe des Brandenburger Thores, ein Mann todt vorgefunden, der sich nach vorgefundenen Schriftstücken zweifellos selbst vergiftet hatte. — Auf dem Grundstück Schulstr. 43 wurde einem fünf Jahre alten Knaben, der ein zum Beschlagen bereitstehendes Pferd genedt haben soll, durch einen Hufschlag der Unterleifer

erschmettert. — Nachmittags wurde eine Frau in ihrer Wohnung, in der Köpckestraße, erdabt vorgefunden. — Abends wurde vor dem Hause Danzigerstr. 2 ein Mann anscheinend schwer betrunken auf der Straße liegend vorgefunden und nach der Wache des 88. Polizeireviere gebracht, wo er nach zwei Stunden, ohne zur Besinnung gekommen zu sein, plötzlich starb. — Am 21. d. M. Vormittags wurde im Landwehrkanal, gegenüber dem Hause Königin-Augustastr. 29, die Leiche einer etwa 25 Jahre alten Frau angeschwemmt. — Vor dem Grundstück Koenigsstr. 67 wurde ein sechsjähriges Mädchen durch einen umfallenden Thürflügel getroffen. Es erlitt einen Bruch des Oberarmes. — Am 20. und 21. d. M. fanden zwölf Brände statt.

Am Freitag, den 12. Januar, hat einer unserer Mitarbeiter eine grauliche Brieftasche mit mehreren an den „Vorwärts“ gerichteten Briefkasten-Anfragen verloren. Vermuthlich ist die Tasche in einer Drochke liegen geblieben. Der ehrliche Finder wird gebeten, sie auf der Redaktion abzugeben.

Die Stelle des Bürgermeisters der Stadt Mainz ist mit Wirkung vom 1. April 1894 ab nach Maßgabe der Bestimmungen der Städte-Ordnung für das Großherzogthum Hessen anderweit zu besetzen. Die Wahl des Bürgermeisters erfolgt zunächst auf eine Amtsdauer von zwölf Jahren durch die Stadtverordneten-Versammlung und unterliegt der Bestätigung Sr. Königlichen Hoheit des Großherzogs von Hessen. Das pensionsberechtigte Jahresgehalt der Stelle wurde auf 10 000 M. bestimmt, wozu weiter noch ein Neupensionsgehalt von 2000 M. jährlich gewährt wird, das bei Berechnung eines etwaigen Ruhegehalts aber nicht in Betracht genommen wird.

Der Bürgermeister ist berechtigt und verpflichtet, sofern er bei seiner Auserkennung das 50. Lebensjahr noch nicht überschritten hat, der Wittwen- und Waisen-Anstalt für die Angestellten der Stadt Mainz beizutreten.

Bewerber, welche die Befähigung für das Richteramt oder den höheren Verwaltung- oder Finanz- oder technischen Staatsdienst nachzuweisen vermögen, werden hiermit eingeladen, ihre Bewerbungen, welche eine ausführliche Schilderung des Lebenslaufes und der bisherigen Wirksamkeit, sowie die erforderlichen Unterlagen für die Beurtheilung der Vorbildung enthalten müssen, mit der Aufschrift: „Bewerbung um die Bürgermeisterei“, versiegelt, bis längstens den 15. Februar 1894 bei der unterzeichneten Bürgermeisterei einzureichen.

Mainz, den 17. Januar 1894.
Großherzogliche Bürgermeisterei Mainz.
Meinard, Beigeordneter.

1/2 Pfund Albrecht's Bäckerei, 50 Pfennig
liefern Wrangel-Strasse 8
Largestr. 26, Falkensteinstr. 28



Bestes Nähgarn!
37 Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des Süd-Ostens für Gold-, Silber-, Alfenidewaren (Eig. Fabr.) goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich H. Gottschalk, Goldarbeiter und Uhrmacher, 37 Admiral-Strasse 37

!! Roh-Tabak !!
Sämmtl. in u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billiger Preislage, empfiehlt
Heinr. Franck, Roh-Tabak-Handlung, Brunnenstr. 185.
Formen (Vodfoorn) wieder vorrätig.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L
am hiesigen Plage wie bekannt grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Roh-Tabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.

Neu eröffnet!
Schank- und Speisewirtschaft und Café.
„Zum Fischerlöschchen.“
Fischerstr. 21, Ecke Kölnische Str.
Um Zuspruch bittet
S. Jankowski, Gastwirth.

Buchhandlung des „Vorwärts“
Berlin SW., Beuthstr. 2.

Soeben ist erschienen:
Internationales aus dem „Volksstaat“
(1871—1875).

Von **Friedrich Engels.**
72 Seiten 8° Preis 30 Pf. — Wiederverkäufer Rabatt.
Inhalt: Vorwort. — I. Abermals Herr Vogt (1871). — II. Die Bakunisten an der Arbeit (1873). — III. Zwei Flüchtlingskonditionen: a) Eine polnische Proklamtion (1874). b) Programm der blanquistischen Kommuneflüchtlinge. — IV. Soziales aus Russland 1875. — Nachwort hierzu 1894.

Die Neuauflage der hier gesammelten, s. B. im „Volksstaat“ und zum Theil noch in Broschürenform erschienenen Abhandlungen ist gerade im gegenwärtigen Moment von besonderem Interesse. Namentlich trifft das zu auf „Die Bakunisten an der Arbeit“ und das „Programm der blanquistischen Kommuneflüchtlinge“. In letzterem Aufsatz schildert Engels das schwebliche und die Interessen der Arbeiterklasse schädigende Treiben der Anarchisten und liefert in der Geschichte des 73er Aufstandes in Spanien den Nachweis, wie die auch heute von einer gewissen Seite immer wieder erhobene Forderung der Enthaltung vom politischen Kampf in der Praxis stets darauf hinausläufe, die Interessen der Bourgeoisie und der Reaktion zu fördern, und wie die Deklamationen vom allgemeinen Weltstreit auch in jenem spanischen Aufstande an den politischen und ökonomischen Ursachen scheitern mußten. Die Kritik des Blanquistischen Flüchtlings-Programmes von 1874 ist gerade jetzt um so interessanter, als die Gruppe der Blanquisten, die damals zum ersten Male sich zum jetzigen deutschen Kommunismus bekannten, daneben aber den Standpunkt der „revolutionären That“ einnahmen, heute unter Führung ihres bedeutendsten Kopfes Bailliant in die französische Deputirtenkammer eingetreten und mit den „Marxisten“ in die gleiche Kampflinie eingeschwenkt sind.

Zahlreichen Bestellungen sieht entgegen
Buchhandlung des „Vorwärts“.

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein des arbeitenden Volkes
Berlins und Umgegend.

Mittwoch, den 24. Januar, Abends 8 Uhr, im Kolberger Salon (oberer Saal), Kolbergerstr. 23:
Versammlung der Filiale Gesundbrunnen.
Tages-Ordnung: 460/8
1. Vortrag des Genossen Adolf Hoffmann aus Pankow über: „Die Frau in der Dichtung und in der Wirklichkeit.“ 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder und Beschiedenes.
Herren und Damen als Gäste willkommen. Zur Deckung der Unkosten findet Lottterziehung statt.
Avis! Den Mitgliedern zur Kenntniß, daß unsere Filiale „Gesundbrunnen“ von jetzt an Filiale „Nord“ heißt.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verein.

Zahlstelle Berlin.
Montag, den 20. Januar cr., Abends 8 1/2 Uhr
bei Polth, Alts Jakobstr. 75 (oberer Saal):
General-Versammlung.
Tages-Ordnung: 432/2
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1893. 2. Bericht der Ortsverwaltung, der Versitzer, der Werkstätten-Kontrollkommission und des Arbeitsvermittlers. 3. Ergänzungswahl der Ortsverwaltung. 4. Verbandsangelegenheiten und Beschiedenes.
Mitgliedebuch ist vorrätig.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verein
(Zahlstelle Berlin.)

Vertrauensmänner-Versammlungen:
Osten: Dienstag, den 23. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, in den Konkordia-Festsälen, Andreasstr. 64.
Westen: Donnerstag, den 25. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Hermann, Culust. 36.
Tagesordnung: Beprechung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Abgabe der ausgefüllten Fragebogen seitens der Vertrauensmänner. Beschiedenes.

Branchenversammlung der Modelltischler

am Donnerstag, den 25. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Bergstr. 68.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Wiedemann. 2. Diskussion. 3. Beschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen in allen Versammlungen ist erforderlich.
Die Ortsverwaltung.
431/20
Altes Schützenhaus, Vintenzstr. 6, Betten, schöner Stand, neu, 22 M., empfiehlt seine Säle. Sonntag, den 22. März, ist noch zu vergeben. [1894] 2 Tr. r. 13226

Einzelne Flaschen frei Haus Berlin.

Rum,
echt und Façon, Literflasche 1,10, 1,60, 2,10, bel 5 Fl. 10 Pf. billiger.
Eugen Neumann & Co., Conrad Neumann, 609M
6a. Belle-Alliance-Platz 6a.
Neue Friedrichstr. 81. Oranienstr. 8.
Einzelne Flaschen frei Haus Berlin.

Metzner's Korbwaren-Fabrik,
Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz
Kinderwagen,
größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. 500 Mark zahlbar jedem, der mit nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe.
F. Metzner.

Buchhandlung des „Vorwärts“
Beuthstr. 2, Berlin SW.
Soeben ist erschienen:
Internationale Bibliothek, Band 18:
Etienne Cabet
und der
Klarische Kommunismus.
Mit einer historisch. Einleitung von Dr. H. Lux.
204 Seiten XII. Preis brosch. 1,50 M., elegant geb. 2 M.
Inhalts-Verzeichniß:
Einleitung: Frankreich am Vorabend der großen Revolution. — Die französische Restauration. — Von der Restauration bis zur Februar-Revolution. — Cabet als Politiker. — Cabet als Kommunist. — Die Reise nach Karrien. — Die klarische Bewegung. — Karrien verwirklicht. — Gründung der Kolonie. — Die Karrier in ihrem Heim. — Streit und Trennung. — Der Ausgang Karriens. — St. Louis und Cheltenham. — Die Majorität. — Neu-Karrien. — Jung-Karrien. — Maria Speranza. — Schlussbemerkungen. — Anhang: Kommunistsches Glaubensbekenntniß. — Literatur.
Dem Werke ist ein sehr schönes Portrait Cabets vorgeheftet.

Empfehle mein Geschäft in frisoen Blumen und Kränzen. 5441 L.
Robert Meyer,
Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2.
NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.
Stempelfabrik von Dr. R. Hecht BERLIN S. Oranienstr. 68 liefert schnell und billig alle Arten Stempel.
Billigste Barrogangalle für Wiederverkäufer.

500 Gelegenheitskauf
moderne Frauen- u. Mädchen-Regen- und Promenaden-Mäntel à 5, 6, 7, 8, 9, 10 Mark. [59/30]
Landsbergerstraße 48 L.
Grünauerstr. 26 freundl. Wohnungen preiswerth zu vermieten. 1277b

Schmerzlojes Zahnziehen mit Chloroform, Nervodöden, Plombiren je 1 M., b. Vorgebung dieser Annonce halbe Preise. Boltz, gepr. Heilgehilfe, Greifswalderstraße 10. Auch f. Krankentassen geg. Krankensch.
Homöopath. Institut, Schönholzer-straße 17, 8—9, 4—5. Sonntag 9—10. 1137b

Rechtsbureau des königlichen Amtsrichters A. Alte-Jakob-straße 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntag. 1088b
Vereinsbureau der Fr. Vereinigung der Bureau-Angestellten, Dragonerstraße 49 a. Schriftliche Arbeiten, franz. und engl. Uebersetzg. u. Korrespondenz. 466/1 Rath in Rechtsfachen u. Stellennachweis unentgeltlich.

Reichstagswahl-Statistik
ist soeben erschienen unter dem Titel:
Die Parteien des Deutschen Reichstages, ihre Programme, Entwicklung u. Stärke.
Von Dr. Adolf Braun, 40 S. Großquart. Preis 40 Pf.
Bei den früheren Ausgaben der Reichstagswahl-Statistik wurde es, besonders seitens der agitatorisch thätigen Genossen, als eine bedauerliche Lücke empfunden, daß die Programme der verschiedenen politischen Parteien, die bei den Wahlen werbend auftreten, nicht ihrem Wortlaute nach beigefügt waren. Diefem Mangel ist in der neuesten Ausgabe abgeholfen und nicht bloß das, sondern durch kritische Vorbemerkungen und Gegenüberstellung der früheren Programme, ziffermäßige Darstellung der Stärke der Parteien, Wachstum und Abnehmen der Parteien, ist der Werth dieser neuen Ausgabe wesentlich gesteigert worden, so daß eigentlich jeder politisch thätige Staatsbürger in Besitze dieses historisch-statistischen Nachschlagebuchs sein sollte.
Buchhandlung des „Vorwärts“.

Waden-Kostüme billig Oranienstraße 18 Klaar. 1375b
Ein Laden für Schuhmacher, Plättankalt oder andere Geschäft zu vermieten. Stube und Küche 64 Thlr. zum 1/4. 1894 Swinemünderstr. 123 beim Wirth. 1377b
Freudl. Schlafstelle f. 1 oder 2 H. sof. od. 1. Febr. Schönleinstr. 22, H. 8 Tr. r.
Kleiderfärb, Vertiflow, mußb, sof. spottb. Oranienstr. 153, 3 Tr. r.
Schlafstelle, bessere (2fenstr. Zimmer) verm. Kaiser, Hollmannstr. 6. 1352b

Louisenstädt. Klubhaus,
Kunnenstraße 16.
Saal zu Versammlungen und Vergnügen sowie Vereinszimmer empfiehlt 54832
L. Ehrenberg.

Arbeitsmarkt.
Tüchtige Farbigmacher werden verl. Kottbuser Damm 100. 1379b
Einen Lehrling verlangt H. Range, Schmiedemstr., Swinemünderstr. 128.
Schürzennäherinnen erhält, sofort dauernde Beschäftigung. [59/31] Oohn, Brunnenstr. 152, Querg. recht3.

Versammlungen.

„Die Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen und die Haltung der Behörden“, lautete das Thema, welches am 22. Januar in fünf öffentlichen Versammlungen der Arbeitslosen Berlins zur Tagesordnung stand.

In allen Versammlungen wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß Krisen, wie die gegenwärtige, mit dem bestehenden kapitalistischen Wirtschaftssystem unüberwindlich verbunden sind und nur beseitigt werden können, wenn an Stelle der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein auf Gleichberechtigung aller beruhendes Gütererzeugungs- und Austausch-System Platz greift, wie es der Sozialismus erstrebt. Die gegenwärtig herrschende Noth, welche bei den meisten der Betroffenen durch die lange Dauer der Arbeitslosigkeit, wie durch die Härten des Winters den höchsten Grad erreicht hat, erheischt jedoch gebieterisch sofortige und ausreichende Hilfe. Die Versammlung verlangt daher, daß in erster Linie die Behörden in Reich, Staat und Gemeinden der Verpflichtung nachkommen, der zu einer öffentlichen Katastrophe gewordenen Arbeitslosigkeit dadurch nach Möglichkeit zu steuern, daß sie durch sofortige Inangriffnahme von Arbeiten im allgemeinen Interesse Beschäftigung schaffen und durch die Verkürzung der Arbeitszeit der in den Gewerbebetrieben des Reichs, des Staats und der Gemeinden beschäftigten Arbeiter die Einstellung überbeschäftigter Personen ermöglichen. Eine Verlagerung der Infrage kommenden Behörden, in dem verlangten Sinne vorzugehen, erachtet die Versammlung als schwere Schädigung der allgemeinen Interessen und weist die zuständigen Gewalten auf die große Verantwortung hin, die sie dadurch auf sich nehmen. Die Versammlung protestiert gegen das Auftreten der Polizei-Organe gegenüber der letzten Arbeitslosen-Versammlung am Friedrichshain — ein Auftreten, das geeignet war, das Volk zu gewaltsamer Verteidigung seiner Rechte herauszufordern und einen Zusammenstoß herbeizuführen, der unter den obwaltenden Umständen nur den Feinden der Arbeiterklasse erwünscht sein konnte.

Für den zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis hatte der Reichstags-Abgeordnete A. Fischer das Referat übernommen. In einem weitläufigen Vortrag führte Redner den Versammelten, welche den großen Saal der Woll-Brauerei dicht gedrängt bis auf den letzten Platz füllten, etwa Folgendes an:

Wie die Partei im vorigen Jahre gezwungen war, zur Vermeidung der Nothstands- und Arbeitslosenfrage Versammlungen einzuberufen, so auch in diesem Jahre. Die Versammlungen sollen dazu dienen, Anträge, wie diesen permanent gewordenen Zuständen abzugeben, sei, zu besprechen und an zuständiger Stelle Änderungsanträge zu unterbreiten. Gegenüber den Thatsachen, daß viele durch wochen- und monatelange Arbeitslosigkeit zu einer unerträglichen Lebenshaltung gezwungen sind, ist es nicht möglich, wie von unsern Gegnern stets behauptet wird, die Massen auszubehalten zur Unzufriedenheit. Die Massen müssen naturgemäß wenigstens von selbst unzufrieden werden, an uns liegt es, Aufklärung zu verschaffen, die Unzufriedenheit in richtige Bahnen zu leiten, damit sie auch zu einem Resultat führen. Die am meisten unzufriedenen sind diejenigen, welche seit im größten Ueberflusse leben und immer weitere Forderungen um neue Millionen auf Kosten der nothleidenden Bevölkerung stellen. Warum sollen nach diesem Beispiele die wirklich Nothleidenden nicht unzufrieden sein? Warum sollen sie nicht das Recht haben, ihre Forderungen an Staat und Parlament zu richten? Wenn sich die Arbeiter einzeln finden, können sie ihre Forderungen in demselben Maße nicht nachdrücklich erheben, wie jene, dann wird auch ihnen gegenüber die Regierung gefügiger sein. Daß die Versammlungen auch Parteizwecken dienen, wie Gegner behaupten, trifft in gewissem Sinne zu. Immer neue Kämpfer sollen gewonnen werden, um diesen Zuständen ein Ende zu machen, das ist nicht nur Recht, sondern Pflicht der Partei.

Der Thatsache, daß viele Tausende nicht so viel haben, sich vor dem Verhungern zu schützen, sich Kleiden zu können, stellte der Referent die namenlose Verschwendung der bestehenden Klasse gegenüber. Redner beleuchtet sodann die Zustände in Spanien, England und Amerika. In Amerika ist die höchste Vollendung politischer Korruption zu verzeichnen. Es ist das reichste Land und hat die härtesten Krisen zu verzeichnen. Hier ist alles künstlich, Richter, Regierung und Beamtenstand. Redner erinnert an die Wahlfälschungen 1884—1885 in Chicago, zu diesem Zwecke wurden einfach die Stimmkästen erbrochen. Kein einziger Richter im Lande fand sich diese That zu sühnen. Das Umherziehen der Arbeitslosen von einer Gegend in die andere, um Arbeit zu finden, ist nach Ansicht der Unternehmer zur Landplage geworden. Diesem gegenüber greift die Bourgeoisie zu denselben brutalen Gewaltmaßnahmen, wie solche Marx in seinem „Kapital“ unter „Blutgeetze“ schildert, aus der Zeit Heinrich VIII., dreizehn Jahre später, und aus den Zeiten der Königin Elisabeth. Charakteristisch ist, daß heute noch ähnliche Erfahrungen auf deutschem Schutzbiet in Afrika gemacht werden. Hätte die Sozialdemokratie durch Parlament und Presse die Arbeiter nicht geschult, wer weiß, wohin wir hier noch kommen. Dem permanenten von keiner Jahreszeit mehr abhängigen Massenelend steht der Kapitalismus ratlos gegenüber; wolle er dasselbe aus der Welt schaffen, hieße das auf seine Existenz verzichten. Genau so wie dem Kapitalismus im Kleinen, geht es dem Staat im Großen. Alle Kulturaufgaben gehen unter durch den Militarismus. Diesen zu fördern sieht sich der Staat gezwungen, fortwährend neue Steuern zu erheben, ist aber auch gezwungen, die weiteren Steigerungen derselben ebenfalls auf die Schultern derjenigen zu legen, die am wenigsten zu tragen im Stande sind. Alle Staatsmänner sind sich darin einig, und es ist ein notwendiges Aushilfsmittel, daß kein Einziger dafür stimmen wird, die Steuern aus eigener Tasche zu bezahlen. So lange nun die Arbeiter für diese ihre Gegner stimmen, so lange sie gegen die Presse, wie z. B. den „Lokal-Anzeiger“, unterstützen, geschieht den Arbeitern die Behandlung recht, welche ihnen von jenen Weiden und deren Beschämer, der Polizei, zu Theil wird.

Alle Vorgänge, der Panama-Skandal, die bankräuberischen Vorgänge im Ausland, und der Welfensonds-Skandal in Deutschland, der Hannoverische Spielerprozeß, alle liefern die Ueberzeugung, daß die Nothlage mit dem Wesen des Kapitalismus verbunden ist. Wir müssen uns diesen Erscheinungen gegenüber unserer Aufgabe klar bewußt sein. Unsere Vorwürfe richten sich nicht gegen die Männer der Regierung, sondern gegen das System, wie müssen uns der politischen Macht bemächtigen. Die Anklage der Gesetzgebung müssen wir in Händen haben, um sie für unser Interesse, für das Interesse der Allgemeinheit genau so zu handhaben, wie es unsere Gegner bisher in ihrem Interesse einzelner Wenige gethan haben. (Brausender Beifall.) Die heutige Arbeitslosen-Versammlung hat aber auch noch einen ganz besonderen Grund, sie bedeutet einen energischen Protest gegen die Maßnahmen der Polizei gegenüber den Arbeitslosen der Donnerstag-Versammlung. Nicht die Handvoll Anarchisten sind dadurch getroffen, sondern durch die kapitalistische Produktionsweise arbeitslos gewordene Arbeiter, welche sich auf gesetz-

lichem Boden bewegen, welche von ihrem Recht, welches ihnen genau so zusteht, wie den Konservativen, wie den nothleidenden Großgrundbesitzern, Gebrauch machen. Im Reichstoge wird heute die Sozialdemokratie Gelegenheit nehmen, die Vorkommnisse vom Donnerstag beim richtigen Namen zu nennen, da es hier nicht möglich ist. Gewiß giebt es Leute, die ein Interesse daran haben, blutige Zusammenstöße zu wünschen. Fraglich ist, ob der Befehl zum unbedingten Treiben ausdrücklich von Oben gekommen ist. Die Polizeimannschaften, deren Erfahrungen in Erlebnissen in der Kasernenwachstube verlegt wird, die amtlich gezwungen sind, mit dem Abschaum der Gesellschaft zu verkehren, denen erscheint es natürlich Arbeiter, Sozialdemokraten als Bürger zweiter Klasse zu betrachten und behandeln. Charakteristisch ist, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ am Tage vorher in einem Leitartikel Anarchisten mit Sozialdemokraten in einen Topf wirft.

Redner beleuchtet zum Schluß das geringe Entgegenkommen der Berliner Stadtverwaltung gegenüber allen Anträgen Vinderung des Nothstandes zu schaffen. Es wäre aber Verrath und Betrug, wollte man sagen, die Sozialdemokraten könnten den Nothstand unter heutigen Verhältnissen beseitigen, doch Mittel und Wege sollen gezeigt werden, wie abgeholfen ist, die Genossen sollen agitieren, für unsere Idee immer neue Streiter werden, um durch die Macht zum Recht zu gelangen. (Brausender Beifall.)

Genosse Frisch nahm Bezug auf das Ergebnis der vorjährigen Petition der Arbeitslosen und erklärte, wie seine ernstesten, unermüdblichen Bemühungen Arbeit zu bekommen, gleichviel in welchem Zweige, gänzlich erfolglos waren, er dann gezwungen war, der Frauarbeit Konkurrenz zu machen, indem er seiner Frau, die durch Wäsche und Plätten einigen Verdienst erwarb, beifolglich sein mußte. Ahnfeld gestellte scharf, daß Stenergroßen, an denen viele Schweißtropfen ließen, in das bodenlose Maß der Verschwendung geworfen werden (zu Bundesleuten, Aufschmäkung der Strafen u. s. w.) Folgende zweite Resolution fand hierauf einstimmige Annahme:

Die heutige Arbeitslosen-Versammlung verurtheilt mit Entrüstung die Schreibweise des „Berliner Lokal-Anzeiger“ über die letzten Ausfälle der Polizei gegen die Arbeitslosen. Die Versammlung macht sich zur Pflicht, überall auf die erbärmliche Haltung dieses Blattes hinzuweisen, damit dieses nicht in Arbeiterkreisen noch viel gelebte Schundblatt als Ausdruck der kapitalistischen Korruption anerkannt wird. Gleichzeitig macht sich die Versammlung zur Pflicht, mit Entschiedenheit für unser Zentralkomitee den „Vorwärts“ zu agitieren.

Einem weiteren Antrage, für nächste Woche abermals eine Arbeitslosen-Versammlung einzuberufen, wurde durch den Genossen Antrich im Hinweiss auf taktische Gründe entgegnet und trotz warmer Befürwortung des Antragstellers Frische abgelehnt.

Die Versammlung der Arbeitslosen im dritten Berliner Reichstagswahlkreis fand in Brochnow's Saal, Sebastianstraße 39, statt. Gleich nach 10 Uhr war der Saal bis auf den letzten Winkel gefüllt, es mochten gegen 900 Personen anwesend sein und viele Hunderte mußten vor dem polizeilich gesperrten Thor wieder umkehren. Der Oekonom F. Müller von Ziegenhagen's Stabliement am Moritzplatz hatte in letzter Stunde sein Versprechen, seinen Saal zu der betreffenden Versammlung hergeben zu wollen, zurückgezogen und so mußte der Enderufer sich leider mit dem sich als zu klein erweisenden Lokal begnügen. Die Ruhe in der Versammlung war musterhaft. Gegen 10¹⁵ Uhr wurde die Versammlung eröffnet und der Reichstagsabgeordnete des Kreises, Genosse Vogtherr, erhielt das Wort. Der Redner führte ungefähr an: Der Klassenstaat, in dem wir leben, begründet seine Macht auf den Unterschied, welchen die Bürger je nach ihrem Erwerb einnehmen. In unserem Erwerbs- und Produktionsleben richtet sich nicht das Einkommen nach Fleiß und Wissen. Unser Wirtschaftssystem ist ein anarchisches, es läßt jeden Kapitalisten soviel produzieren, als den Interessen seines Geldsacks fruchtet. Das Maß der Verwendbarkeit der Arbeitskraft des Proletariats ist abhängig von dem Willen des Unternehmers, es entstehen die Krisen, die ihre Wunden auch den fähigsten und geschicktesten Arbeitern schlägt. Die Arbeitslosigkeit ist nicht die Folge einer augenblicklichen, vorübergehenden Krise. Wir Sozialdemokraten wissen, daß die eine Krise die andere abtödt und daß die folgende immer größer wie die vorhergehende wird, wir verlangen deshalb auch, daß die ganze Produktionsweise eine geregelte werden müsse. Für alle Mithand sind wir in der Lage, die Ursachen festzustellen. Das ganze heutige Produktionsystem muß beseitigt werden. Zu dieser Erkenntnis müssen auch die Arbeiter gebracht werden, die bisher noch den sogenannten Ordnungsparteien folgten. Der Zusammenstoß aller unter der heutigen Produktionsweise Leidenden ist die einzige Waffe gegen die Uebergriffe des Kapitalismus. Nicht nur räsonnieren, sondern die Ursachen des Elends verstehen und seinen Teil zur Bekämpfung des heutigen Systems beizutragen, ist die Pflicht des Proletariats. Die wenigsten Arbeiter merken es, wie aus ihrem Schweiß Gold gepresst wird, und wenn sie es einsehen, so gewöhnlich erst dann, wenn sie alt und ausgepowert der Armenpflege anheim fallen. Auch die Kleinhandwerker, Kleingewerbetreibenden, kleinen Beamten u. s. w. müssen sich mehr als bisher dem großen Strom der allgemeinen Arbeiterbewegung anschließen. Die fortschreitende Konzentration des Großkapitals wirft sie ebenfalls ungeschützt in's Proletariat. Während auf einer Seite ein kleines Häuflein Menschen im Ueberflusse schweigt, sehen wir Hunderttausende, die mit gesunden Gliedern und dem besten Willen dieselben zur Anwendung zu bringen aufgestattet sind, auf der Straße. Für sie hat die „göttliche Weltordnung“ keine Arbeit und darum müssen sie in Elend und Kummer verkommen. Die wenigsten der Beschäftigten haben eine Ahnung von der furchtbaren Noth der Arbeitermassen. Für das Wohlergehen der Beschäftigten sorgt die Gesetzgebung, während die Arbeiter nicht einmal mit Brosamen bedacht werden. Der Staat sucht zu verhindern, daß das Volk seine Forderungen verwirklichte. Er bedient sich dazu des Militarismus, der von keiner Partei aus innerster Ueberzeugung von seiner Kulturwidrigkeit mehr bekämpft werden kann, als von der Sozialdemokratie, die seinen wahren Zweck voll erkannt hat. Als Bestandtheil des bürgerlichen Klassenstaats hat er die Aufgabe, die Interessen des Großkapitals bis auf's Aeußerste zu schützen. Angesichts des augenscheinlichen Elends der breiten Volksmassen hielt es die Regierung dennoch für angebracht, durch eine neue Hundertmillionen-Steuerverlängerung die Kosten der Heeresvermehrung Großschonweise aus den Taschen der Beschäftigten herauszunehmen. Redner hegte keinen Zweifel, daß die Regierung ihre Absicht, durch Vermehrung des Militärs das Volk zu militarisieren, demnach nicht erreichen werde, sondern das Gegentheil wird eintreten. Es werde damit nur die Kasernen sozialisieren und den Untergang der heutigen Gesellschaft beschleunigen. Gleichsam als Filiale des Militarismus besteht nebenbei in unserem Klassenstaat die Polizei, deren Aufgabe neben der Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit der Bürger“ auf der Straße es auch ist oder sein mußte, für Erhaltung der Achtung vor ihr selbst Sorge zu tragen. Manchmal ist es aber notwendig, daß die Polizei von den Bürgern überwacht wird. Redner läßt hierauf, häufig von brausendem Beifall unterbrochen,

eine scharfe Kritik an den Vorgängen am 18. Januar. Ginge es nach der Polizei, so hätte der Bürger nur noch das Recht, Steuern zu zahlen, Soldat zu werden und das Maul zu halten. (Stürmisches Bravo.) Den Militarismus bekämpfen wir wegen seines unheilvollen Einflusses auf den wirtschaftlichen Niedergang des Volkes, die Polizei dagegen kann als notwendiges Uebel angesehen werden, doch habe der 18. Januar gezeigt, daß sie aber gut kontrolliert werden müsse. (Beifall.) Der Redner besprach hierauf die Haltung der Presse zu den Vorkommnissen im Friedrichshain am 18. Januar. Es haben sich zur eigenen Schande ihrer selbst einige Zeitungen dazu hergegeben, die Vorgänge in anderem Lichte darzustellen und das Vorgehen der Polizei zu entschuldigen. Welcher Widerspruch liege nun aber im Handeln desjenigen Arbeiters, der die Ursachen seiner Noth wohl kennt und dennoch seine dauer verdienten Groschen zum Abonnement einer Zeitung wie der „Lokal-Anzeiger“ hergiebt, der ihn obendrein dafür geradezu verbietet. Derartige „unparteiische“ Leitartikel sind ein langames Gift, welches aufgellarte Arbeiter wieder zur Gedankenlosigkeit erzieht. Die gemeine Schreibweise dieser Leitartikel ist ein Schlag ins Gesicht der Arbeiter, die denselben hoffentlich nicht so leicht vergessen werden. (Zustimmung.) Eigentümlich berühren auch die Maßnahmen der Regierung. Einen Nothstand erkennt sie nicht an, trotzdem er jedem, der ihn sehen will, offenkundig vor Augen liegt.

In demselben Augenblick, wo in Berlin 15—20 000 Arbeitslose sich versammeln und Hunderttausende von ihnen durchs ganze Land ziehen, hat die Reichsregierung die Steuern, ein Gesetz (die Tabaksteuer-Vorlage u. s. w.) einzubringen, was geeignet ist, noch weitere Tausende arbeitslos zu machen. Nicht den Vorgängen vom 18. Januar allein gilt unser Protest, sondern dem ganzen heutigen System. Nicht Almosen fordern wir, sondern eine Stelle, wo sich jeder, der arbeiten will, sein Brot ehrlich verdienen kann. (Brausender Beifall.) Das ist aber der Fluch der heutigen Gesellschaft, daß sie unfähig ist, genügend Arbeit zu schaffen. Diese Arbeitslosen-Versammlungen sollen dazu dienen, die Indifferenten aus ihrer Verhargie aufzurütteln, auf daß sie sich mit ihren Arbeitsbrüdern zur Erringung besserer, vernünftiger Existenzbedingungen in politischen und gewerkschaftlichen Organisationen reinigen. Zum Schluß empfahl Redner die Annahme der Resolution.

Der Vorsitzende Börner verlas hierauf noch zwei weitere Resolutionen.

1. „Die heutige, in Brochnow's Saal versammelten Arbeitslosen, sprechen ihre Entrüstung über die Schreibweise einiger bürgerlichen Zeitungen aus, welche sich angemaßt haben, in verhöhnender und läghafter Art den Arbeitslosen gegenüber von der Polizei-Affäre am Friedrichshain zu berichten. In es an sich schon tief traurig, daß unter der gegenwärtigen Klassenherrschaft Hunderttausende von Arbeitern zur Arbeitslosigkeit (d. h. zum Hungern, Darben und Frieren) verurtheilt sind, so ist es geradezu absehnlich, wenn eine derartige Presse vom Schlage des „Lokal-Anzeiger“ noch ihren Spott und Hohn über diese Opfer ausschüttet.“

Jeder Arbeiter begeht deshalb einen Verrath an seiner eigenen Klasse, wenn er eine solche Zeitung mit seinem Abonnement noch unterstützt, er giebt dadurch seinen Gegnern die Waffe in die Hand, mit der er geschächt wird.

Die hier Versammelten verpflichten sich daher, mit aller Kraft für die Verbreitung des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt“ einzutreten und somit die Ideen der modernen Arbeiterbewegung in die weitesten Volkstheile zu tragen.“

2. „Die Versammlung der Arbeitslosen verlangt nach den Vorgängen vom 18. Januar im Friedrichshain eine Bestrafung derjenigen Beamten, welche in sold' verhöhrter Weise über wehrlose, friedlich dahergehende Bürger herfielen und mit ihren Waffen bearbeiteten. Unter tiefster Entrüstung über solche Handlungsweise spricht die Versammlung diesen Beamten das Recht ab, ihre Funktion als Organe der Sicherheitsbehörde weiter auszuüben, fordert vielmehr deren Absetzung von ihren Posten.“

In der Debatte wurden von Hilschuharbeiter Willner, Tischler König, Maler Schüßel und Korbmacher Brückner nochmals die Vorgänge im Friedrichshain eingehend besprochen und die vorgelegten Resolutionen zur Annahme empfohlen. Vogtherr ermahnte die Versammelten in seinem Schlusswort zur Ruhe und Besonnenheit beim Verlassen des Lokals, damit beweise die sozialdemokratische Arbeiterkraft, daß sie besser sei, als ihr Ruf, aber, auch besser als — ihre Gegner. Die Annahme der Resolutionen erfolgte einstimmig. Mit einem dreifachen brausenden Hoch auf die internationale völkerbestehende Sozialdemokratie erfolgte gegen 1 Uhr der Schluss der imponenten Versammlung. In einigen Minuten hatte sich „ohne Hülfe der bereitgehaltenen Schutzleute“ die Straße geleert.

Zu 4. Wahlkreise war der große Saal des Böhmischen Brauhauses“ als Versammlungsort bestimmt. Dasselbe war bereits vor 10 Uhr bis auf den letzten Platz gefüllt, so daß es polizeilich abgesperrt wurde, insolge dessen eine große Zahl von Arbeitslosen umkehren mußte. Der Versammlung mochten etwa 2000 Personen beiwohnen. Nachdem Genosse Zubeil, der zum Vorsitzenden gewählt worden war, die etwa anwesenden Kriminalbeamten aufgefordert hatte, den Saal zu verlassen, begann Genosse Singer sein Referat über die Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen und die Haltung der Behörden und führte etwa Folgendes an: Diese fünf Arbeitslosen-Versammlungen haben einen doppelten Zweck, nämlich den, der herrschenden Klasse, die dem Nothstand gegenüber so gerne Vogelstrauß-Politik treibe, klar zu machen, wie groß die Arbeitslosigkeit ist, und fern den Zweck, Protest zu erheben gegen die Behandlung, welche — itzlos, die sich friedlich versammelten, zu Theil geworden. Was den Nothstand, die Arbeitslosigkeit, betreffe, so sei derselbe eine Folge des Kapitalismus und könne nur verschwinden durch Beseitigung des Kapitalismus. Die Behörden haben in früheren Wintern immer den Nothstand gelugnet und seien auch im heutigen zu einer Anerkennung desselben nicht zu bewegen. Die von den Gegnern so gern zur Schau getragene Auffassung, daß die Arbeitslosen nur arbeitslos seien, würde durch die Thatsachen für jeden, der sehen will, Lügen gestraft. Die Arbeitslosigkeit sei bei der fortschreitenden Entwicklung der modernen Produktionsweise eine Folge der Ausbeutung der Arbeiter durch die Besitzer der Produktionsmittel. Ueber die Größe des Nothstandes könnte man sich leicht unterrichten, wenn wir eine Arbeitslosen-Statistik hätten. Aber eine solche aufzunehmen, dazu sei man, trotz wiederholter Anträge der Sozialdemokraten, nicht geneigt. Der Stadtrath, der es fertig bekam zu erklären, man dürfe deshalb keinen Nothstand anerkennen, weil dadurch nur die „Vegehrlichkeit“ und Arbeitslosigkeit der Massen gereizt werden, würde sich daran genügen lassen müssen, daß er gesellen beim Ordensfeste die verdiente Auszeichnung erhalten habe. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verlange die Sozialdemokratie als erstes Mittel die Verkürzung der Arbeitszeit. Gebe es etwas Einseitigeres, als diese Verkürzung in den städtischen Betrieben eintreten zu lassen? Sogar bei dem alten Harmoniebauer Max Hirsch sei neuerdings die Erkenntnis von der Nothwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit aufgedämmert. In England habe der Kriegsminister

in den ihm unterliegenden Betrieben den Achtstundentag eingeführt, und was in England möglich, sollte doch auch bei uns zu erzielen sein. Der Staatssekretär des Innern — in England habe ferner in diesen Tagen erklärt auf eine Anfrage John Burns, daß die Regierung ein Gesetz vorbereitet für die Verkürzung der Arbeitszeit in den chemischen Betrieben, und nannte dabei die zwölfstündige Arbeitszeit eine unvermeidlich lange. Er wies auch nach, daß die Verkürzung der Arbeitszeit das Arbeitsprodukt und damit den Unternehmergewinn nicht vermindere, aber die gesundheitslichen Verhältnisse der Arbeiter bessere. So anerkennt dieses Vergehen der englischen Regierung sei, so besänftigend sei es für uns, daß wir doch Bravo nicht der deutschen Regierung zurufen können. Die Verkürzung der Arbeitszeit verringert nicht bloß die Zahl der Arbeitslosen, sondern ermöglicht auch eine bessere Ausnutzung des Proletariats mit geistigen Waffen.

Neben der Verkürzung der Arbeitszeit fordern wir Verbot der Sonntags- und Kinderarbeit und Gleichstellung der Frauenarbeit, um zu vermeiden, daß die Frau dem Manne zum Lohnbrüder wird. Die Art, wie die bürgerliche Gesellschaft die Nothstandsfrage behandelt, zeige den Mangel an Verständnis und an gutem Willen, was Redner an der Behandlung der sozialdemokratischen Nothstandsansätze im Plenum und in der Kommission der Stadtverordneten-Versammlung und an der Vorrede beweist, mit welcher die Regierung immer neue Millionen Steuern für den Militarismus dem Volke auferlege. Den Gefallen, sich zu unbesonnenen Schritten hinreißen zu lassen, thut die Arbeiterschaft der Bourgeoisie nicht. Solche Unbesonnenheit möchte leicht zum Vorwand dienen, um der Arbeiterschaft das Koalitionsrecht zu rauben. Alle Berichte über die Donnerstag-Versammlung stimmen darin überein, daß die Arbeitslosen in der größten Ruhe auseinandergingen. Trotz dieser Ruhe erlebten wir auf der Straße ein Schauspiel, das wahrhaft beschämend für einen Kulturstaat ist. Kann es einen blutigeren Hohn geben, als daß die Gummischläuche und Säbel, die Pferde, mit welchen die Polizei in die Wehrlosen hineintritt, von dem Gelde derjenigen mitbezahlt sind, welche von ihnen getroffen wurden? Der Polizeipräsident solle eine Untersuchung der Sache anordnen haben. Was solle dabei aber Neues herauskommen? Ein starkes Aufgebot von Polizeibeamten könne doch nicht ohne Kenntnis der Behörden geschehen sein. Auch heute seien ganze lange Postenketten von Schulheuten im Friedrichshain und in den Nebenräumen selbst untergebracht, demnach habe sich jedenfalls der Landtag zu betragen, ob nicht die Zahl der Schulheute für Berlin herabzusetzen sei, denn das sei doch keine zweckmäßige Verwendung der Polizei. Die letztere sollte sich bei solchen Versammlungen gar nicht sehen lassen. Ten Arbeiter predigt man Ruhe und Besonnenheit; das Verhalten der Polizei am Donnerstag sei aber das Gegenteil von Ruhe und Ordnung gewesen. Redner schlägt darauf die Resolution, die in allen anderen der fünf Versammlungen zur Abstimmung gelangt vor und fordert dann die Anwesenden auf, ihre unfreiwillige Arbeitslosigkeit dazu zu benutzen, sich mit den Prinzipien der Sozialdemokratie vertraut zu machen und neue Anhänger für dieselben zu werben, damit endlich die Arbeiterklasse in die Lage komme, als Menschen zu leben.

Der lebhafteste Beifall, der während des Vortrages wiederholt und am Schlusse desselben erschallte, legte Zeugnis ab, wie sehr der Redner den Zuhörern aus dem Herzen gesprochen hatte. Zur Diskussion nahmen mehrere Redner das Wort. Genosse Sonnenburg, Schriftführer, hielt der Versammlung vor Augen, daß von allen Berliner Blättern allein der „Lokal-Anzeiger“ sich erdreistet habe, in bezug auf die Arbeitslosen vom vorigen Donnerstag vom „Mob“ zu sprechen. Hiernach würden diejenigen Arbeiter, welche sich nicht selbst als Quapen erklären wollen, den „Lokal-Anzeiger“ nicht mehr halten. Krehel bemerkte, wie die Arbeitslosigkeit gefördert werde, das zeige u. A. das Verhalten der Firma Schuhr, die bei Beforgung des Umzuges der Sparkasse u. s. w. nicht freie Arbeiter, sondern Leute aus dem Himmelsburger Gefängnis beschäftigte. Genosse Jubell erinnerte daran, daß an den Tagen der Krawalle vor zwei Jahren in der Naumnystroße eines Nachmittags die Kriminalbeamten zu allen Geschäftsinhabern gingen und sie aufforderten, die Läden zeitig zu schließen, denn am Abend würde der Krawall in der Naumnystroße beginnen. Das habe also die Polizei bereits vorher gemerkt, was über den Ursprung jener Krawalle tief blicken lasse. Am letzten Donnerstag seien unbefristet die sogenannten Achtgroßensungen gewesen, welche einen Krawall herbeizuführen suchten. Gegen ein derartiges Handeln müsse man entschieden Protest einlegen. Heute habe er bereits um 9 Uhr ganze Abtheilungen von Schulheuten nach dem Versammlungsorte rücken sehen, die zur Aufrückhaltung der Ruhe nicht nötig sind. In seinem Schlussworte erzählte Genosse Singer, daß er an die Stadtverordneten-Versammlung einen Antrag gerichtet habe, gegen die Polizei-Attake der vorigen Woche zu protestieren und Vorkehrungen zu veranlassen, daß eine Wiederholung solcher Angriffe wehrloser Mitbürger unmöglich gemacht würde. Nach kurzen Eingehen auf die Bemerkungen der Vorredner schloß Genosse Singer mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie, in das die Versammlung dreimal kräftig einstimmte. Dieselbe nahm alsdann die Resolution einstimmig an und trennte sich hierauf, wobei sie diesmal weder von den zahlreichen Polizisten noch von den Achtgroßensungen belästigt wurde.

Im 5. Wahlkreis fand die Versammlung in der Brauerei Friedrichshain statt, wo am vorigen Donnerstag die bekannten Prügelkessel sich abspielten. Um 10 Uhr wurde die polizeiliche Absperrung des Lokals vorgenommen, in dessen Innern eine nach Tausenden zählende Menge in gerader musterhafter Reihe den Ausführenden des Abgeordneten Robert Schmidt lauschte. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der Berichterstatter des „Lokal-Anzeiger“ auf einstimmigen Beschluß der Versammlung aus dem Saale gewiesen. — Der Redner verwarf die sozialdemokratische Partei gegen den Vorwurf, daß sie beabsichtige, die Noth der Arbeitslosen in demagogischer Weise für ihre politische Parteizwecke auszunutzen, wie das wiederholt von den Gegnern behauptet ist. Der Partei des arbeitenden Volkes ist nur darum zu thun, ihrerseits zur Beseitigung des Nothstandes, der von den kapitalistischen und städtischen Behörden gelengnet werde, beizutragen, um durch diese Versammlungen Einfluß auf diese zu gewinnen. Die total unzulänglichen sogenannten Wohlthätigkeitsanstalten, Asyle, Wärmehallen u. s. w. möchte man ja am liebsten dem Auge des Philisters entrückt, außerhalb der Stadt haben. — Die Vorgänge anlässlich der Versammlung vom 18. d. M. geißelt der Referent aufs schärfste. Die Arbeiterschaft ist noch nie von der Berliner Polizei besonders höflich behandelt worden; angeführt solcher Herausforderung ist die Geduld der Masse bewundernswürdig. Es ist unerträglich, daß der Arbeiter, den die Gesellschaft von ihrem Tische gestossen, um allem Leid noch die körperliche Züchtigung ertragen soll. Mögen die Verantwortlichen dieser That bedenken, daß noch ein Tag kommen wird, wo Rechenschaft für diese Thaten gefordert wird. (Stürmischer Beifall.) Leider kann die sozialdemokratische Partei den Arbeitslosen nicht in der Weise gegenwärtig helfen, daß sie denselben Arbeit anweist. Sie kann dies nur von den heutigen Nachtarbeitern fordern. Die Behandlung des Antrages Singer seitens der städtischen Behörden hat aber deutlich gezeigt, wie wenig die herrschende Gesellschaft sich ihrer Pflicht, die Arbeitslosen zu unterstützen, bewußt ist. Man hat sogar den traurigen Muth, Anträge auf Verkürzung der Arbeitszeit im Interesse der Freiheit der Arbeiter“ höhnernd zurückzuweisen. Immer höher steigt unterdeß die Pisser der Arbeitslosigkeit in allen Industriestaaten. Deutschland, dessen Industrie auf den Export angewiesen ist, hört immer mehr und mehr Abfahrgelände ein, während im Inlande bei den gedrückten Löhnen immer weniger konsumirt wird, wo soll das hinaus? — Die bürgerliche Gesellschaft steht kraft- und willenlos dieser Erscheinung

gegenüber. Nur eine Gesellschaft wie sie von der Sozialdemokratie erstrebt wird, kann Arbeit und Brot für Alle schaffen. — Mit der Mahnung, die Ruhe auch außerhalb des Saales gegenüber der Polizei zu betätigen, schließt der Vortragende seine mit stürmischem Beifall ausgenommene Rede.

Art 1 schildert einzelne Epochen aus dem Kampfe vom 18. Januar. Dort sei es dem Arbeiter plausibel gemacht, daß er eigentlich nur Anrecht auf Steuerzahlen und Schläge habe. Die sogenannten verschämten Armen werden von dem „liberalen“ Magistrat bedacht, für die ehrlichen Arbeiter, die ihre Kräfte theilweise im Dienste der Stadt aufgerieben, sei nichts übrig. (Bravo.) Richter und Thater äußern sich im gleichen Sinne.

Spöhr (Anarchist) wendet sich gegen den „Kampf mit dem Stimmzettel“, ist im übrigen aber mit der Kritik der herrschenden Gesellschaft, wie sie der Referent gegeben, einverstanden. In bezug auf die Affäre vom vorigen Donnerstag äußert sich der Redner dahingehend, daß Rodrian in der vorigen Woche von bekannter Seite stark belästigt worden sei, augenscheinlich um einen Vorwand zu seiner Verhaftung zu finden. Rodrian habe darum sicherheitsshalber die Anmeldung zur Versammlung einem gewissen Witkowski gegeben, dem es aber ebenso wenig wie dem Referenten Gumplovicz und ihm (Redner) gelungen sei, in das schon abgesperrte Lokal zu gelangen. Seine Freunde hätten Material in der Hand, welches das Vorgehen der Polizei in ganz eigenthümlichem Lichte erscheinen lasse. — Rob. Schmidt: Spöhr hat ebenfalls zur Geduld mahnen müssen, da ja auch kein anderer Weg offen steht. Das Wahlrecht ist nicht das Alpha und Omega unserer Partei. Im übrigen wird es nicht gelingen, denkende Arbeiter von dem Gebrauch ihrer schon so wie so geringen politischen Rechte abzuhalten. (Beifall.)

Die Resolution wird hierauf mit allen gegen drei Stimmen angenommen. Der Vorsichtige Drescher schließt die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie, das brausenden Widerhall findet. — An überwachenden Polizeikräften war kein Mangel, trotzdem ist alles ohne Zwischenfall verlaufen.

Die Versammlung für den 6. Wahlkreis fand im „Gieseler“ statt. In großen Zügen kamen die Arbeitslosen herbei und bald füllte, Kopf an Kopf gedrängt, eine mehr als dreitausendköpfige Menge den Saal. Nachdem die Versammlung eröffnet worden war, richtete der zum Vorsitzenden gewählte Einrufer, Genosse Augustin, an die versammelten Genossen und Genossinnen die Ermahnung, sich nicht provozieren zu lassen. Hiernach ertheilte Augustin dem bei seinem Erscheinen lebhaft begrüßten Reichstags-Abgeordneten des Reiches, Wilhelm Dieblich, das Wort zum einleitenden Referat. Dieblich wies nach, daß Nothstand und Arbeitslosigkeit keine vorübergehende Erscheinung, sondern die notwendige, unauflösbare Folge der heutigen Wirtschaftsweise sind. Der Nothstand sei ein allgemeiner, die Lösung der sozialen Frage müsse innerhalb der einzelnen Staaten erfolgen. Wir wissen sehr wohl, daß die Regierung die soziale Frage nicht über Nacht lösen kann, aber wir können verlangen, daß sie die erforderlichen Maßnahmen hierzu vorkereite. In erster Reihe hätten die Gemeindefürsorge und die Nothstandsbekämpfung zu stehen. Unsere Genossen im „rothen Hause“ hätten sich redlich in dieser Beziehung bemüht, allerdings nur mit halbem Erfolge. Die Worte des Stadtbaurath Hebrach, daß man den Nothstand nicht öffentlich anerkennen dürfe, weil dadurch die Arbeiterschaft gefördert werde, sei ein Frevel. Zu fordern sei ferner eine Arbeitslosenstatistik durch Gemeinde und Staat. Ferner haben wir zu fordern eine Verkürzung der Arbeitszeit, einen Normalarbeitsstag, ebenso die Bekämpfung von Arbeitsgelegenheiten und zwar nicht nur durch einzelne Gemeinden, sondern vom ganzen Reiche. Anstatt unfruchtbare Kolonialpolitik zu treiben, solle man fruchtbringende Kulturarbeiten innerhalb der eigenen Landesgrenzen ausführen. Das hierzu erforderliche Geld sei vorhanden. Allerdings werde dies heute gebraucht für Militarismus. Zweck des Staates sei, für die Wohlfahrt jedes einzelnen zu sorgen, nicht aber für den Militarismus. Für die richtigen Armen geschehe nichts. Die „armen nothleidenden Landwirthe“ schreien, daß ihnen geholfen werde und ihnen werde geholfen durch Liebesgaben aller Art. Wenn das arbeitende Volk schreie, habe es gleich die Polizei beim Büdel. Wenn die Millionen, die der Militarismus verschlingt, verwendet würden zur Anbahnung kultureller Arbeiten, so würde schon heute keiner Noth zu leiden brauchen. Für den herrschenden Nothstand herrsche in maßgebenden Kreisen kein Verständnis. Man lebe wie in der Zeit der Attentate. Das „rothe Gesperrt“ werde wieder hervorgehakt, um Veranlassung zum Erlaß von Zwangsgesetzen zu finden, um die kapitalistische Gesellschaft in Angst und Schrecken zu versetzen. Der „Kochtopf“ in der französischen Kammer, die That eines Wahnsinnigen, sei charakteristisch hierfür. Anstatt den Wahnsinnigen als Wahnsinnigen zu behandeln, verurtheilte man ihn zum Tode, erließ Ausnahmegerichte und inbelle die Presse. Der angebliche Kampf gegen den Anarchismus sei gegen die fortschreitende Sozialdemokratie gerichtet. Daran hätten wir zu lernen, daß wir diesem heuchlerischen Spiele nicht Vorschub zu leisten haben. Redner kam bei dieser Gelegenheit auf die letzten Vorgänge im Friedrichshain zu sprechen. Hier gelte es, nicht herauszufordern und sich nicht heranzufordern zu lassen. Wir werden dieses Ziel verfolgen. Wir werden alles daransetzen, diejenigen, welche noch heute ein solches Spiel, wie seiner Zeit Bismarck, zu spielen gedenken, bloßzustellen und zu beseitigen. Redner wies noch auf die bevorstehende Interpellation im Reichstage und empfahl zum Schlusse die Annahme der Resolution.

Der Vortrag wurde mit donnerndem Beifalle ausgenommen. In der folgenden Diskussion schilderte Genosse Dbligo die Vorgänge im Friedrichshain. Der Redner übte eine vernichtende Kritik an dem „Lokal-Anzeiger“ wegen dessen Berichterstattung über die Vorgänge im Friedrichshain und protestierte ganz entschieden gegen die schamlose Bezeichnung der Arbeitslosen als „Mob“. Zu dieser Angelegenheit lief folgende Resolution ein:

Die heutige Arbeitslosenversammlung nimmt mit Entrüstung Stellung gegen das gemeine Verhalten des „Berliner Lokal-Anzeiger“ betreffs der letzten Ausschüsse der Polizei gegen die Arbeitslosen. Die Versammlung verpflichtet sich, auf die erbärmliche Handlung dieses Blattes hinzuweisen, damit dieses, leider in Arbeiterkreisen noch viel gelesene Schundblatt, als Auswuchs der kapitalistischen Korruption erkannt wird. Gleichzeitig verpflichtet sich die Versammlung, mit Entschiedenheit für den „Vorwärts“ zu agitieren.

Der nächste Redner war der bekannte Anarchist Dr. Gumplovicz. Der Herr erging sich in Ausfällen gegen die Sozialdemokratie und den Referenten und beunruhigte die Versammlung durch seine provokatorischen Phrasen derart, daß der Vorsichtige ihn mehrfach ermahnen mußte, seine Sinne beisammen zu halten. Als dessenungeachtet der Redner sich weiter in bombastischen Telsamationen ausschrie, nahm einer der anwesenden Polizisten dessen Phrasen ernst und wollte ihn verhaften. Dr. Gumplovicz hemmte sich jedoch an den Tischen und Stühlen fest, sodas eine aufregende und peinliche Scene entstand, die erst ihr Ende fand, als einige weitere Polizeiorgane den Verhafteten mit Gewalt aus dem Saal gezerrt hatten. Wir lassen es dahingestellt, ob es notwendig war, den Mann — wenn seine Verhaftung nun einmal dem Polizeibeamten erforderlich schien — bereits während der Logung der Versammlung beim Abtragen zu packen. Den vereinten Anstrengungen des Vorsitzenden und einiger Genossen gelang es auch bald, die aufgeregten Gemüther zu besänftigen und die vorige Ruhe wieder herzustellen, sodas die Versammlung nach diesem Zwischenfalle ihren Fortgang nehmen konnte. Reichstags-Abgeordneter Dr. Brunoschen la n gab in trefflicher Rede der allgemeinen tiefen Enttäuschung über den Streich eines unreifen Burschen Ausdruck. Wenn wir, so meinte er weiter, Abhilfe der bestehenden Uebelstände vom Staate verlangen, so verlangen wir nicht mehr, als derselbe zu leisten im stande ist. Die Kritik der Gesehgebung

gelte es, in die Hand zu bekommen. Und dies werde der immer weiter umfänglichen, immer mehr anwachsenden Sozialdemokratie auch gelingen. Zwar dominiere heute noch der Klassenstaat, aber schon sei die Sozialdemokratie von bedeutendem Einflusse. Die großen Volksmassen seien zwar noch indifferent, aber man gehe hinaus in das Volk und kläre es auf; dann werde auch der Tag kommen, wo die Sozialdemokratie das entscheidende Wort sprechen werde. (Stürmischer Beifall.) Frau Gärtler trat für Verkürzung der Arbeitszeit ein und geißelte, daß Soldaten in Privatarbeiten verwendet werden. Das Schlußwort nahm sodann Dieblich: derselbe stimmte der Vorrednerin vollständig zu. Er war weiter der Ansicht, daß heute schon die Sozialdemokratie eine ausschlaggebende Macht bilde. Auch die Sozialdemokratie würde zur vollständigen Macht gelangen, wenn die Mehrheit des Volkes erst hinter ihr stände. Im Handumdrehen gehe das nicht, mit dem Kopf durch die Wand rennen könne man nicht. Eins nach dem anderen sei dem Staate abgetrotzt worden, müsse ihm abgetrotzt werden. Aber nur geschlossen bilde die Sozialdemokratie eine Macht. Auf gewaltsame Weise sei heute nichts zu erreichen. Früher sei dies möglich gewesen. Die Beispiele der französischen Arbeiterkämpfe, deren Niederlagen seien lehrreich. Auf die eine Karte des Erfolges einer Straßenschlacht dürfe das Schicksal des Proletariats nicht gesetzt werden. Ein solches Verlangen dürfe man an die Führer, die es ehrlich mit den Arbeitern meinen, nicht richten. Thäten sie dies, so wären sie wahnsinnig, unehrig. Die Sozialdemokratie strebe danach, die Mehrheit des Volkes zu gewinnen. Diese Taktik sei von Marx anerkannt worden. Jedes Arbeiters Pflicht sei es, in die Organisation der Sozialdemokratie einzutreten, Pflicht jedes Genossen sei es, dem Volke an seinem eigenen Hunger die Nothwendigkeit des sozialdemokratischen Staates nachzuweisen. Redner schloß: Wir thun, was wir können, wir lassen uns nicht provozieren. Wer das will, ist entweder ein Dummkopf oder ein Agent unserer Gegner. (Beifall.) Die Verhandlungen hatten hiermit ihr Ende erreicht. Die beiden Resolutionen fanden einstimmige Annahme. Mit einem dreifachen brausenden Hoch auf die Sozialdemokratie endete die Versammlung. In musterhafter Ordnung entleerte sich der Saal. Auf der Straße war eine große Polizeimacht aufgebunden worden. Dieselbe verhielt sich ziemlich maßvoll und es kam demzufolge zu keinerlei Zwischenfällen.

Die Berliner Droschkentufcher fangen allgemach auch an, sich der besonderen Fürsorge der Polizei zu erfreuen. Wenigstens waren anlässlich der am 21. d. M. in den Germania-Sälen (Chausseestraße) stattgehabten Streikerversammlung die Thorwege der umliegenden Häuser mit Schulheuten besetzt, vier „Berittene“ hatten in unmittelbarer Nähe Posto gefasst und auch ein Polizeileutnant hatte an der Ecke der Zwoaldenstraße einen scheinbar unfreiwilligen Aufenthalt genommen. Die zahlreich in der Versammlung erschienenen Kutscher und Arbeiter waren durch diese polizeiliche Fürsorge sichtlich erfreut, wenngleich über dieselbe nicht wenig erkaunt. Die Verhandlungen wurden eingeleitet durch einen Vortrag des Genossen Rodrian, in welchem derselbe den Streik im allgemeinen und den Streik der Droschkentufcher im besonderen behandelte und den Anwesenden die aus dem Streik zu ziehenden Nutzenwendungen vor Augen führte. Dierher gehöre, nur die Arbeiterpresse zu lesen, welche allein die Interessen der Arbeiter vertritt; ferner die Erkenntnis, daß die Interessen von Kapital und Arbeit sich direkt gegenüberstehen und daß demzufolge auch die Kutscher in die Reihen der Sozialdemokratie gehören als der einzigen Partei, welche aufrichtig und wahr die Interessen der breiten Massen des Volkes versteht. Vor allem aber sei erforderlich, daß die Arbeiter und auch die Kutscher sich den auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisationen anschließen. Würden die Kutscher alle organisiert gewesen sein, so würde man mit ihnen haben rechnen müssen und es hätte nicht der schweren Aufer bedurft, um die Rechte der Kutscher zu wahren. (Großer Beifall.) Im Anschlusse hieran stellte Schütte folgenden Antrag:

Die heutige in den Germania-Sälen tagende öffentliche Versammlung der Droschkentufcher Berlins und Umgegend beschließt:

In Erwägung, daß die Berliner Gewerkschaftskommission zu dem Streik der Kollegen in dem Taxameter-Droschkenfuhrbetriebe jetzt endgiltig Stellung genommen und denselben als gerecht anerkannt, auch beschlossen hat, denselben sofort durch Aufbringung von Geldmitteln kräftig zu unterstützen und auch solche bereits zur Auszahlung angewiesen hat; in Erwägung, daß die Kollegen, welche in Arbeit stehen, und aus deren Mitteln die bisherigen Unterstützungen fast ausschließlich bestritten werden konnten, in ihren gerechten Bestrebungen fortfahren und immer mehr Geldmittel zusammenbringen; in fernerer Erwägung, daß die Streikenden nunmehr vorläufig bedeutend bessere Unterstützungen erhalten, als dies bisher der Fall war, so wird dieser Streik so lange aufrecht erhalten, bis entweder die polizeiliche Belanntmachung vom 10. November 1893 aufgehoben ist oder aber die Taxameter-Apparate aus den Droschken entfernt worden sind, wodurch die obige polizeiliche Belanntmachung von selbst zweck- und wirkungslos werden würde.

Sämmtliche Kollegen verpflichten sich, die jetzt zu Droschkentufchern gemachten Leute, deren Unfähigkeit als Droschkentufcher zwar längst bekannt, die aber als Ersatz auf die Taxameter-Droschken gesetzt worden sind, über die Ursachen dieses Streiks aufzuklären und dieselben höflich zu ersuchen, sich dem Streik sofort anzuschließen.

In seiner eingehenden Begründung dieses Antrages berührte Schütte wiederum die Droschkentufcherfabrik, welche es fertig gebracht habe, 80—85 „Beihäcker“ auf die Straßen zu bringen, führte an verschiedenen drastischen Fällen die gänzliche Unfähigkeit dieser Kutscher vor Augen und ersuchte nochmal um zuverlässiges Material zu dem Zwecke, mit diesem einen Druck auf die Polizeibehörde auszuüben. Des weitern theilte Schütte das nunmehr aus dem Ministerium des Innern auf die diebeshäßliche Eingabe eingelaufene Antwortschreiben mit, in welchem der Minister des Innern (im Auftrage Haase) kund und zu wissen that, daß er keine Veranlassung habe, die vorgebacht Polizeiverordnung vom 10. November 1893 abzuschaffen oder aufzuheben. Trotz alledem ermahnte Schütte zum unentwegten Ausdauern und um einstimmige Annahme seines Antrages (Beifall). Die folgende Diskussion bewies den festen Willen hierzu und gelangte der Antrag Schütte zur einstimmigen Annahme.

Kommunales.

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben am Sonntag dem Stadtverordneten-Vorsteher folgenden Antrag für die Stadtverordneten-Versammlung überreicht:

Scheuniger Antrag.

Die Versammlung wolle beschließen: Die Stadtverordneten-Versammlung protestirt im Namen der Berliner Bürgererschaft gegen das Verhalten, welches seitens der Polizei an den Theilnehmern der am 18. d. M. in der Brauerei Friedrichshain stattgehabten Arbeitslosen-Versammlung geübt worden ist, und ersucht den Magistrat, bei den königlichen Staatsbehörden um Erlaß von Maßregeln vorstellig zu werden, welche die Wiederholung solchen Verhaltens unmöglich machen.

Briefkasten der Redaktion.

F. W., Nizdorf. Wenn die Explosion durch die Einführung des Nothz verurteilt war, werden Sie zahlen müssen, auch wenn der Wirth die Einwilligung gegeben hat.

B. Mittelalter. Muß bezahlt werden.

P., Nummernburg. Wirth ist im Recht.